

## Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - März bis Juni 1924

22 Dokumente, 63 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen den Zeitraum vom VII. Parteitag (8.-10. März 1924) bis Juni 1924. Die *Rote Fahne* sagte zwar voraus, dass die Beseitigung der „gebliebenen persönlichen Differenzen“ das Ergebnis des Parteitages sein werde, das sollte sich aber als Illusion herausstellen. Wie genau am Parteitag die Frontlinien verliefen, ist auch heute noch nicht völlig geklärt, denn die Protokolle wurden niemals publiziert, in der *Roten Fahne* erschienen lediglich neben technisch-administrativen Details das Begrüßungsschreiben der Komintern und einiger kommunistischer Parteien, allen voran der KPD, der Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes und des Kassiers sowie das Referat des Vertreters der III. Internationale, Alois Neurath.

Dass aber nicht alles reibungslos im Sinne der bisherigen Parteimehrheit verlaufen war, dass musste selbst die Komintern-Führung eingestehen: Die tätlichen Auseinandersetzungen am Parteitag wurden zwar nicht thematisiert, aber der Tätigkeitsbericht des EKKI fasste die Situation zusammen: „Die Fraktion Frey hatte auf dem Parteitag eine Mehrheit von einer Stimme, es wurde eine paritätische Zentrale gebildet, die aber nicht zur Arbeit kam, da sich ein Direktorium bildete, welches die Führung der Partei übernahm.“<sup>1</sup> Davon berichtete die *Rote Fahne* nichts, sie führte lediglich aus, dass zur Überwindung jeder fraktionellen Betätigung ein neues Pol-Büro und eine neue Parteileitung gewählt wurden.<sup>2</sup> Die Ankündigung der *Roten Fahne* musste aber bereits als Drohung verstanden werden: „Fraktionskämpfe oder Versuche fraktioneller Betätigung werden keinen Augenblick länger geduldet.“<sup>3</sup>

Das *Direktorium* (siehe zu diesem auch Dokument 8 dieser Materialiensammlung) bestand aus Gottlieb Fiala, Johann Koplenig, Anna Grün, Malke Schorr, Karl Frank und Friedl Fürnberg, und führte die Partei bis Sommer 1924. Am V. Weltkongress (17.6.-8.7.1924) wurde eine spezielle österreichische Kommission eingesetzt, die ein Funktions- und Betätigungsverbot innerhalb der KPÖ für Tomann und den schon außerhalb Österreichs befindlichen Josef Frey, die als „Hauptschuldige an den Fraktionsstreitigkeiten“ identifiziert wurden, verhängte. Beide sollten, nachdem eine entsprechende Betätigung für sie gefunden worden war, zwei Jahre von der KPÖ entfernt werden, in die UdSSR übersiedeln und im Rahmen der Komintern für das EKKI eingesetzt werden (siehe dazu *Rote Fahne*, 9.9.1924, S.2). Der Umbau der Partei durch die „Pufferfraktion“ um Koplenig und Fiala nahm damit Fahrt auf.

Im Mittelpunkt der Dokumentation stehen Texte, die von Josef Frey bzw. in seinem Umfeld verfasst wurden und die sich kritisch mit der Parteiführung auseinandersetzen.

Manfred Scharinger, 5.5.2026

---

<sup>1</sup> Zitiert in: Keller, Fritz: Gegen den Strom. Fraktionskämpfe in der KPÖ - Trotzlisten und andere Gruppen 1919-1945. - Wien 1978, S.38

<sup>2</sup> *Rote Fahne*, 12.3.1924, S.1

<sup>3</sup> ebenda, S.1

## KPÖ - innerparteiliche Dokumente - März bis Mai 1924

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	Oswald [Georgi Dimitroff]	Brief an Karl Toman(n) und Josef Frey	26.4.1924	1
2	-x- [Frey Gruppe]	Fraktionelles Rundschreiben	Ende Juni 1924	3
3	Ludwig Schmidt, Alois Donauer u.a.	Brief an die Österreichische Kommission des V. Kongresses der Kommunistischen Internationale	[o.D.]	3
4	Franz Richter	Das warnende Beispiel der inneren Krise der Kommunistischen Partei Österreichs - Manuskript, aus der Brünner „Rovnost“ (übersetzt aus dem Tschechischen)	[o.D.]	3
5	xxx	Wie es bei den Wiener Kommunisten zugeht. Geschildert von einem Kommunisten - Arbeiter-Zeitung, 18.6.1924, Nr.167, S.4	18.6.1924	1
6	Gustav Schönfelder	Antrag [betreffend Einladung von Referenten der KPD etc.]	[o.D.]	1
7	Viktor Stern	Brief an Josef Frey	3.4.1924	2
8	Genossen der Localorganisation Meidling der KPÖ	Resolution zur Umstellung der Partei auf Grundlage der Betriebszellen.	31.3.1924	3
9	Alois Donauer	Brief an das Exekutivkomitee der Komintern [beschädigt]	23.3.1924	9
10	Anna Grün (für das Polbüro der KPÖ)	Brief an Karl Tomann und Josef Frey	19.3.1924	1
11	xxx [Frey-Anhänger]	Brief an das EKKI [Stellungnahme zur Frage der Betriebszellen]	7.5.1924	2
12	xxx	Unsere Stellungnahme zur Betriebszellenfrage	[Anfang Mai 1924]	4
13	xxx [Delegierter der Frey-Gruppe]	[Bericht über den Verlauf des 7. Parteitages]	[o.D.]	4
14	[Direktorium der KPÖ]	Rundschreiben an alle Lokalorganisationen der Kommunistischen Partei Österreichs	14.[?] 3. 1924	3
15	[Frey-Gruppe]	Antrag [betreffend Aufhebung der Suspendierungen, Ausschlüsse, paritätische Besetzung der diversen Sekretariate, Einberufung des Landesparteitages etc.]	[o.D.]	1
16	[Partei Vorstand der KPÖ]	Erklärung betreffend die Entscheidung der Komintern in der Österreichischen Frage [betreffend Zusammentritt des vom Parteitag gewählten PV, Liquidierung des alten Polbüros]	[o.D.]	1

17	Anton Hoch (für die Lokalorganisation Graz)	Brief an Josef Frey	[o.D.]	1
18	Johann Koplenig (für das Polbüro)	Ergänzung zu den Richtlinien über die Gemeinderatswahlen	[o.D.]	1
19	Oswald [Georgi Dimitroff], Johann Koplenig [für das Polbüro]	Rundschreiben zur inneren Lage der KPÖ an die Landesleitungen und Lokalorganisationen	25.4.1924	1
20	[Vertreter der Frey-Gruppe im Parteivorstand]	Erklärung [betreffend das Verhalten des Kominternvertreters]	[o.D.]	2
21	Mitglieder des momentanen und des gewählten Parteivorstands [Frey-Richtung]	Erklärung [betreffend Demission, Misstrauenserklärung gegenüber „Oswald“ - Georgi Dimitroff - etc.]	[o.D.]	6
22	Karl Steinhardt	Von besonderer Seite aufgefordert, über Gen. Toman, Wien, der Partei Wissenswertes anzugeben, entspreche ich hiermit dieser Aufforderung	20.6.1924	10
				<b>63</b>

Wien, 26. April 1924.

An die Genossen

T o m a n und F r e y ,

W i e n .

Werte Genossen!

Gemäss dem Beschluss der Exekutive der Komintern und der wiederholten Mitteilung des Präsidiums der Komintern bitte ich Euch, unmittelbar nach dem 1. Mai nach Moskau zu fahren.

Ich ersuche Euch, bis dorthin, alle persönlichen und familiären Angelegenheiten zu ordnen, sowie alle notwendigen Vorbereitungen zu Eurer Abreise zu treffen und am 2. Mai nachmittag zu mir zu kommen, um die notwendigen Reisespesen in Empfang zu nehmen.

Es erübrigt sich, Euch zu betonen, dass eine eventuelle Nichterfüllung Eurerseits des Beschlusses der Komintern, sehr ernste und unerwünschte Folgen nach sich ziehen würde.

Mit kommunistischen Gruss:

der Vertreter der KI bei KPÖ:

*Oswald*

## 1. Die Lügen über Oberösterreich!

Es werden von der Landesleitung und insbesondere von Brodnigg das niederträchtige Gerücht verbreitet, dass Deubler zur Sozialdemokratischen Partei übergegangen sei und einen bezahlten Posten bei der S.P. habe. Entstanden ist dieses Gerücht durch einen Konflikt zwischen Mathies und Deubler in der Frage ob einige ständige Genossen in der roten Fahne veröffentlicht werden sollen, da sie einige Beträge seit dem Vorjahre schulden. Später verschärfte sich dieser Konflikt zu heftigen persönlichen Auseinandersetzungen. Eine Landesleitungssitzung befaßte sich am Sonntag den 22. VI. mit dieser Angelegenheit. Für den P.V. war Koplenig anwesend, Gen. Hexmann war einstimmig von der Landesleitung als Vertrauensperson zugezogen worden, da sonst für eine geordnete Führung der Verhandlungen keine Sicherheit geboten gewesen wäre. Schliesslich einigte sich die Landesleitung auf eine Resolution die folgenden Inhalt hatte:

"Die Landesleitung stellt fest, dass niemand gegen Gen. Deubler den Verdacht finanzieller Unverschämte erhoben hat. Gen. Deubler hat auch die noch zu untersuchenden Unregelmäßigkeiten der Gen. Hans Bauer und Pállok nicht gedenkt. Die Landesleitung kann aus der politischen Tätigkeit des Genossen Deubler keine wie immer gearteten sozialdemokratischen Abweichungen ansehen, in vielen Fällen war überdies seine Stellungnahme im Einverständnis der Landesleitung erfolgt. Die Landesleitung spricht daher dem Genossen Deubler sowohl in seinem politischen als auch finanziellen Arbeit die grösste Anerkennung aus. Die Landesleitung stellt in Bezug auf die organisatorische Tätigkeit fest, dass sowohl vom Genossen Deubler als auch von der Landesleitung Unterlassungen vorgekommen sind. Die L.L. verurteilt auf das schärfste das persönliche, aggressive Vorgehen des Gen. Deubler gegen einzelne Genossen."

Genosse Mathies stimmte gegen, weil er nicht mehr - in Folge fortgeschrittener Zeit - antworten konnte. Aber die Ausführungen des Gen. Deubler waren schlagend und nur Berichtigungen.

Schliesslich wurde beschlossen, dass Gen. Mathies noch ein Monat die Geschäfte führt, Gen. Deubler wurde auf weiteres burlaubt um in der Öffentlichkeit etwas zurücktreten zu können, um endlich Arbeit bekommen zu können. Dies wurde einstimmig akzeptiert. Es kann somit von einer "Krise" überhaupt nicht die Rede sein.

## 2. Die Frage der österreichischen Kommission.

Die Zusammensetzung der österreichischen Kommission ist uns noch nicht bekannt. Neurath wollte sie scheinbar überhaupt unter den Tisch fallen lassen. Fiala musste erst den Antrag stellen. Der Vorsitzende ist der deutsche Hamburger Genosse Thälmann und der Sekretär der Italiener Peluso. Die sonstige Zusammensetzung ist uns noch unbekannt. Tatsache ist dass weder Tomann noch Frey die Einladung erhielten nach Marau zu reisen. Tomann fuhr auf eigene Faust. Man wollte ohne die beiden entscheiden. Was haben Schönfelder angewiesen an den Beratungen nicht teilzunehmen, wenn Frey nicht eingeladen wird. Es wird das dumme Gerücht verbreitet Frey habe gesagt, dass er sich an der österreichischen Partei "desinteressiert" erkläre und trotz erhaltener Einladung nicht nach Moskau fahren werde. Das ist erstunken und erlogen. Die Unterschriften

Für unser Programm sind sofort einzusetzen, da auch dieselben nach den Interessen des Komitees nach Moskau kommen werden. Wie überhaupt gar nicht zu unterstrichen, wie wichtig es ist, die letzten Schritte, Klischees und Schwindels der Tomannfraktion mit aller Sorgfalt in Umschriften entgegenzuarbeiten.

5. Mitteilungen aus den Bezirken. In IX. Bezirk haben die Tomanniten den Ausschuss gestürzt, indem sie aus dem XX. Bezirk Genossen kom-  
men ließen, die vorgeben, dass alle in der Betriebszelle im IX. Bezi-  
rke zusammenzufassen seien. Unsere Genossen werden antworten wir werden mit gleichen Mitteln antworten. -

Im XVII. Bezirk beschloss der Ausschuss den Genossen Hermann von seiner Funktion als Propagandaleiter zu entheben und zu diesem Zweck wird noch eine Mitgliederversammlung stattfinden. Der Gen. Hermann hat bei allen Arbeiten mitgearbeitet, bei Plakatierungen, Kassierung, Petitionen etc., aber er wird den Marxianhängern und der Tomannfraktion unangenehm. Es bleibt abzuwarten ob die Mehrheit mit der Tätigkeit des alten Ausschusses zufrieden sein wird.

Die Aktion gegen die Zölle

Unsere Kritik hat Recht behalten. Der P. 7. versteht eine Aktion wirkli-  
lich nicht zu organisieren. In welchen Petriolen sind Betriebsversammlungen stattgefunden. Wo sind die Tomanniten mit ihren Betriebszellen geblieben? Die Aktion ist plötzlich abgebrochen, man weiss nicht wie unsere Antrag lautete, dass sie mit Betriebsversammlungen beginnen sollte, über kombinierte Bezirksversammlungen bis zur Massenversammlung. Die Erweiterung auf eine Aktion gegen die Teuerung überhaupt ist nicht geschehen, dazu genügt nicht blos der Titel: gegen Teuerung und Zölle. Dazu gehört eine unausgesetzte Propaganda, Forzierung in der Roten Fahne usw. Wir werden unseren Bezirken Anweisungen geben wie die Aktion weiterzuleiten ist. In allgemeiner waren unsere Genossen aktiver, der XVI. Bezirk hat überhaupt keine Versammlung gehabt. Der "stärkste" Bezirk Archalowski hat keine Betriebsversammlung gehabt.

5. Nachspiel zur Vertrauensmännerkonferenz.

Die Tomanniten sprengen das Gerücht aus, dass wir mit der Vertrauensmännerkonferenz die Spaltung angekündigt hätten, sie vollziehen sie nun, sagen sie. Es muss mit aller Schärfe unterstrichen werden, dass die Vertrauensmännerkonferenz nur deswegen aufgelöst wurde, weil Brodny Vorsitzender war und die Tomanniten ihre Minderheiten sahen. - Es werden ferner die Blödsinnigkeiten des Dulcar für bare Münze genommen. Hermann sagte nicht, dass er eine Zollunion der kapitalistischen Staaten wünsche, sondern dass ein Aufbau Oesterreichs nicht möglich ist ohne den wirtschaftlichen Anschluss an ein anderes Gebiet, etwa die Donauländer, unsere Parole aber jetzt ist: Anschluss an Deutschland! Hermann sagte dass der Aufbau vorgenommen werden müsse durch Kredite dies sich die Kapitalisten verschaffen sollen, aber nicht durch Opfer der Arbeiter in Form der Zollbelastung und warf die Frage auf ob die Parole der Verwendung der Genferkredite für die Industrie ratsam wäre, aber es ist unratsam. Kulczar verdreht und sagt, er habe sich auf Boden des Genfer Vertrages gestellt. U.s.w.

### 6. Zur Zusammenkunft der Vertrauensleute für Bildungsarbeit

hat Hoxmann bei der Polizei interveniert, aber noch keine definitive Antwort erhalten. Die Angelegenheit wird noch bis zum Bundeskanzleramt gehen. Sonst hat sich - was die Parteizentrale angeht - in dieser Angelegenheit nichts ereignet. Eine Hausdurchsugung war bei einem notierten Genossen, dem man Waffen die er zufällig von seiner Ausrüstung noch hat weggenommen. Man wird also noch bei anderen Genossen die behördliche Dummheit fortsetzen. Es ist zum ersten Male vorgekommen, dass eine Veranstaltung die sich zur Aufgabe gesetzt hatte, die Sommerbildungsarbeit und Ausflüge zu besprechen, von der Polizei aufgelöst und in der unerhörtesten Weise schikaniert wurde, während andere wichtige Besprechungen z. B. der Ordner nicht bespitzelt wurde. Die Polizei hat sich einfach lächerlich gemacht. Wir behalten uns eine weitere Stellungnahme bevor.

### 7. Programm, Richtlinien, etc.

für die österreichische Kommission in ihrer endgültigen Form sind bereits fertig, werden abgezogen und vor Samstag zur Verfügung gestellt werden.

### 8. Permanenzdienst.

Zu telefonieren ist nicht mehr an die Nummer 82-8-23 sondern an den Gummirost, Genossen Schmidt 54 - 0 - 48. Wir werden dies noch ändern. Es wundert uns, dass nach der Ausstreuung so vieler Gerüchte unsere Genossen die rascheste Verbindung nicht gewählt haben sondern das Gefühl der inneren Unruhe und Unsicherheit solange in sich weitergetragen haben. Unbedingt von der Verbindung Gebrauch machen!

### 9. Nächste Sitzung

Findet nicht wie beabsichtigt am Montag sondern am Samstag, den 5. Juli statt. Die Genossen müssen sich diesen Tag unbedingt reservieren. Jeder Bezirk hat zwei Genossen, nicht mehr aber auch nicht weniger zu entsenden. Aber unbedingt. Die Genossen, die das letztmal gefehlt haben sollen auch unbedingt eine schriftliche Entschuldigung an Donau III, Wienerbergstrasse 54 richten. Wenn sie für Samstag verhindert sein sollten, soll ebenfalls eine solche Entschuldigung an dieselbe Adresse geschrieben werden, damit man den Grund des Ausbleibens genau kennt. Das Entschuldigungssystem muss unbedingt eingehalten werden.

Grüße -x-

An die

österreichische Kommission des V. Kongresses der  
Kommunistischen Internationale.

Werte Genossen !

Die Mehrheit der Partei ist sich darüber klar, dass diese Parteileitung nicht imstande ist, die Partei aus der Fraktionskrise hinaus und vorwärts zu führen. Wie unfähig aber jene Genossen sind, die an der Spitze der Partei stehen, sollen einige Beispiele aufzeigen:

1.) Seipel Attentat. Die vollständige Unfähigkeit dieser Parteileitung eine plötzlich auftretende Situation auszuwerten, zeigt sich anlässlich des Seipel-Attentates. Während die Arbeiterschaft in höchster Erregung war, die Arbeiterzeitung Stellung nahm gegen den Attentäter, Seipels Verdienste lobte und ein grosser Teil der Arbeiterschaft sicherlich von der Roten Fahne, als Organ des revolutionären Proletariats, eine scharfe Stellungnahme gegen die Seipel-Sanierung, als dessen Folge das Attentat zu werten ist, erwartete, erschien in der Roten Fahne, am Tage nach dem Attentat, ein vollständig inhaltsloser Leiter, der den individuellen Terror ablehnte, nicht aber den Weg wies, der aus dem Elend der Seipel Sanierung herausführt. Keine Aufforderung zu Massenaktionen, zu Massen Terror. Die Partei buchte das Ereigniss in der Roten Fahne, schrieb einige Glossen darüber und tat sonst nichts. Sie verstand es auch nicht, von dem Attentat ausgehend, einen scharfen Kampf gegen die Teuerung zu führen, die Verzweiflung unter der Arbeiterschaft aufzuzeigen und auf den neuen Paub der Seipel Sanierung, in Gestalt der Zölle, hinzuweisen.

2.) Der Kongress der Amsterdamer. Die Tagung des internationalen Gewerkschafts Kongresses der Amsterdamer und der Exekutive der II Internationale zu Pfingsten wurde von der Sozialdemokratischen Partei zu einer gross angelegten Kundgebung ausgenützt. Gerade in Oesterreich wäre es notwendig, dieser Agitation für die II Internationale, mit einer entsprechenden Aktion gegenüber zu treten. Die kommunistische Partei hat vollkommen versagt. Mindestens 2 Monate vorher war der Parteileitung der Kongress bekannt. Viele Wochen vorher wusste die Partei von dem Aufmarsch der Sozialdemokratischen Partei am 5. Juni. Keine Vorbereitung zu Gegenmassnahmen, vollständige Passivität. Am Sonntag den 1. Juni war in der Roten Fahne keine Zeile von einer Gegenkundgebung zu lesen. Als am Montag einige Genossen fragten, wie sich die kommunistischen Ordner bei dem Aufmarsch zu verhalten hätten, erinnerte sich die Parteileitung, dass sie hier etwas machen müsse. Aber auch am Dienstag noch kein Aufruf zu einer Gegenkundgebung. Es wurden die Obmänner und Propagandaleiter einberufen und erst beraten, was zu unternehmen sei. Erst am Mittwoch den 4., einen Tag vor der Kundgebung der S. P. rief die K. P. O. E. in der Roten Fahne die Arbeiterschaft zu einer Gegenveranstaltung in Stallehners Saal auf. Keine vorbereitenden Arbeiten in den Betrieben, keine Versammlungen----. Diese Aktion war ein vollständiges Fiasko der Partei. Der Saal der 1000 Personen fasst, war nicht einmal zur Hälfte besetzt, nicht einmal 500 Arbeiter waren erschienen. (Die kommunistische Partei soll in Wien 4000 Mitglieder haben) Ja noch mehr! Da die Partei nicht rechtzeitig mit einer Gegenaktion einsetzte, den Genossen keine Richtlinien gab, kam es, dass sogar Kommunisten aus den Betrieben mit den Sozialdemokraten demonstrierten !!!

3.) Der 15. Juni ist der grösste Gedenktag der kommunistischen Partei. In zu einer grossen Kundgebung der revolutionären Arbeiterschaft Wiens auszunützen, hätte die Partei diesmal glänzend Gelegenheit gehabt.

Die Hakenkreuzler hatten für den 15. Juni eine Gedenkfeier für Schlageter im Konzerthaus, einen Demonstrationzug über den Ring und eine Feldmesse in der Karlskirche angekündigt. Der monarchistische Deutschmeisterverband eine Gedenkfeier der Schlacht v. Kolin vor dem Deutmeistermonument. Die K. P. O. E. zeigte am Donnerstag den 12. eine Versammlung am Schwarzenbergplatz in der Nähe der Karlskirche, bei der Polizei an. Die Polizei verbot nun, den Demonstrationzug der Hakenkreuzler und die Versammlung der Kommunisten. Es war klar, dass die Hakenkreuzler sich an das Verbot der Polizei nicht halten werden, umso mehr

aber befolgte dieses Verbot, die Avantgarde des revolutionären Proletariats. Der Gehorsam ging sogar so weit, dass das Verbot unserer Versammlung nicht einmal in der Presse ausgewertet wurde. Während der Abend über dieses Verbot schrieb, steckte es die rote Fahne ruhig ein. Für Freitag den 12. aber wurden die Obmänner, Ordner, Referenten und Propagandaleiter eingeladen und befragt was die Partei machen sollte. Genosse Samisch schlug vor, die Versammlung trotz abzuhalten und das Verbot zu einer grossen Agitation für diese Versammlung auszunützen. Dies wäre möglich gewesen. Die Partei hätte am Samstag in Wien 200. Flugzetteln verbreiten und die Arbeiterschaft auffordern können, die Hakenkreuzlerversammlung, durch Teilnahme an unserer Versammlung, zu vereiteln. Die Parolen: Gegen die Reaktion, gegen den Faschismus, gegen die Arbeitermörder sind gegenwärtig die einzigen, mit denen die K.P.Oe. Arbeiter auf die Füsse bringen kann. Die Partei nützte dies nicht aus. Während die S.P. unmittelbar vor dem Rathaus eine Fahnenübergabe an den Populikanischen Schutzbund abhielt um die Arbeiterschaft von der Aktion gegen den Faschismus abzulenken, machte die K.P.Oe. noch besser, sie feierte den 15. Juni am Zentralfriedhof, 8-10km von den Hakenkreuzlern, an der äussersten Grenze von Wien. Dort erzählte Koritschoner, nach Art der S.P. - Konzern, dass die K.P.Oe. auf ihren Posten stehen den 15. Juni zu einer Massenkundgebung gegen den Faschismus zu gestalten, die Verbindung herzustellen mit dem revolutionären Proletariat, wäre die würdigste Art gewesen, der Opfer des 15. Juni 1919 zu gedenken. Die Parteileitung hat dies weder begriffen, noch war sie imstande diese Gelegenheit auszuwerten.

Wenn aber irgendwelche Instanzen der Partei von der Inaktivität, Unentschlossenheit und Feigheit der Parteileitung angewidert selbst Aktionen unternehmen wollen, werden sie daran gehindert. Die Soldatengruppe hatte beschlossen, die Teilnahme der Reichwehr an der Erohnleichnahmprozession am Donnerstag zu einer Kundgebung, gegen die Reaktion in der Wehrmacht auszunützen, eventuell zu vereiteln. Die Parteileitung verbot der Soldatengruppe eine solche Aktion. Einen Tag vorher hob sie das Verbot auf, aber der Soldatengruppe war es nicht mehr möglich, eine Aktion zu organisieren.

So wie in der Wahltaktik, in der Behandlung der deutschen Frage, so sind auch diese Genossen, diesich mit allen Mitteln des Terrors und Betruges gegenübereigenen Parteigenossen an der Macht halten, nicht imstande, die Partei aus den Sumpf, in die sie sie hineingebracht haben, herauszuführen.

Wir hoffen, dass die österr. Kommission, hier entscheidend eingreifen wird. Wir sagen nur kurz, dass es uns nicht mehr lange möglich sein wird, die Genossen der Parteinmehrheit, die auf das Höchste erbittert sind, vor energische Schritten, als sie bisher angewedet wurden zurückzuhalten. Die Geschicke der Partei sind auch noch einmal in die Hand gegeben. Wir hoffen, dass die diesmalige Entscheidung, im Sinne der Gesundheit der Partei liegen wird.

Leider müssen wir gestehen, dass wir der Tagung der KOMM. mit grosser Besorgung entgegensehen. Von der Tomankommission sind gegenwärtig die Genossen Fiala, Liebs, Metzlik und Strömer in Moskau. Desgleichen die Genossen Neurath, Maxx, Albrecht, Landler und Albary die ebenfalls gegen uns eingestellt sind, nicht zu vergessen Strasser. Alle die Genossen werden trachten, die Entscheidung der Kommission zu beeinflussen. Von Seiten der Parteinmehrheit ist nur Genosse Schönfelder in Moskau. Genosse Frey wurde bis heute nicht eingeladen und wir hoffen, dass dies nur ein Versehen ist, welches sofort gutgemacht wird. Wir fordern mit allen Nachdruck, dass Genosse Frey unverzüglich nach Moskau berufen wird, um dort in unserem Einverständnis mit Genossen Schönfelder, den Standpunkt der Parteinmehrheit zu vertreten.

Mit kommunistischen Grüssen

*Ludwig Schuber*  
für die Kom. 1919/20.  
*Genosse Frey*  
*Genosse Schönfelder*  
*Genosse Frey*

Remond Power.  
J. S. I. Books.

Joseph Howard  
Freiler  
f. d. Sakaloy. W's color

Richard Swamy  
f. d. XI Bies.

Wardship  
f. d. Sakaloy. W. in W.

Wardship  
f. d. Sakaloy. W. in W.  
Wardship  
f. d. Sakaloy. W. in W.  
Wardship  
f. d. Sakaloy. W. in W.

Das warnende Beispiel der inneren Krise der Kommunistischen Partei Oesterreichs.

( v. Franz Richter.)

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale (Komintern), die sah, dass die Fraktionskämpfe in der Kommunistischen Partei Oesterreichs die Partei nicht nur in immer grössere Zersetzung, sondern geradezu ins Verderben treiben, dass es nicht möglich ist, in der auf dem Kongress 1923 gewählten Zentrale eine Zusammenarbeit zu erzielen, ordnete an, dass der Zentralausschuss suspendiert werde oder besser gesagt, demissioniere und eine provisorische Parteileitung eingesetzt werde. Dem folgte der weitere Schritt, dass ~~nur~~ fünf fraktionell exponierte Genossen aus der Parteileitung abberufen und zwei von ihnen, die Genossen Toman und Frey aus Oesterreich in andere Staaten versetzt wurden. Es schien, dass sich tatsächlich eine Plattform für die Liquidierung der Fraktionskämpfe in der Partei zu bilden beginne. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale schickte nach Oesterreich ihren Vertreter, den Genossen Neurath, der bei der Liquidierung der Fraktionskämpfe in der Partei bewegende und impulsive Hebel sein sollte. Durch die Beteiligung der am meisten in den Fraktionen tätigen Genossen wurde unter der Mitgliedschaft eine durchaus andere Stimmung herbeigeführt. Ueberall dort, wo in die Versammlungen der Vertreter der Komintern kam und erklärte, dass die Exekutive der Kommunistischen Internationale entschlossen sei, mit allen Mitteln zu Gunsten einer Liquidierung der Fraktionskämpfe in der Partei einzugreifen, fand er vollständige Zustimmung. Die Mitglieder waren einerseits satt der Fraktionskämpfe, andererseits imponierte ihnen noch die Autorität der Komintern und seines Vertreters. Die Situation änderte sich, als klar zu werden begann, dass die Vertreter der Kommunistischen Internationale - es waren zu jener Zeit in Wien zwei - insbesondere aber Neurath, zwischen den Fraktionströmungen zu schwanken beginnen, wie er unentschieden von einer Seite auf die andere laviert, wie er statt der festen Linie der Komintern zuerst den Weg der fraktionellen Schwankung betritt, der sich allmählich zum Hinneigen zu einer von beiden Fraktionen, und zwar zur Fraktion Toman, entwickelte. Das führte dazu, dass die Autorität des Vertreters der Exekutive baldf verbraucht war und mit seiner Autorität auch die Autorität der Komintern untergraben würde. Daneben war es die absolute Unentschiedenheit des Vertreters der Exekutive in Fällen, wo es sich um eine direkte Verletzung der Disziplin durch die Führer der Fraktionen gegenüber der Kommunistischen Internationale handelte. So ist Toman, der durch die Entscheidung der Exekutive in ein anderes Land versetzt wurde, eines Tages zurückkehrt, und alle Ermahnungen, dass er durch die Disziplin der Exekutive der Kommunistischen Internationale (E.K.J.) gebundensei, gingen ins Leere. Ein Antrag in der Parteileitung, ihn, wenn er sich der Entscheidung der E.K.J. nicht unterwerfe, rücksichtslos aus der Partei auszuschliessen, wurde nicht nur von seinen Fraktionsanhängern bekämpft, sondern auch vom Vertreter der E.K.J. selbst. Nach dieser Nachgiebigkeit und Rücksichtnahme gegenüber einer Verletzung der Disziplin war es kein Wunder, wenn eine Disziplinverletzung (und zwar von beiden Seiten) auf die andere folgte. Die Angehörigen beider Fraktionen sagten sich einmütlich, dass man die Disziplin in der Partei und gegenüber der Komintern straflos mit den Füssen in den Staub treten könne, und nützen das ausgiebig aus. In dieser Atmosphäre trat heuer im Frühjahr der Kongress zusammen. Auf diesem Kongress hatte die Fraktion Frey eine Mehrheit von einer Stimme, während die Anhänger der Fraktion Toman in der Minorität blieben. Der Kongress wurde der Mittelpunkt eines aufgeregten Fraktionskampfes. Auf Antrag des Vertreters der Komintern wurden nicht einmal die Kongressmandate überprüft, und es wurde nicht konstatiert, ob die anwesenden Delegierten das Stimmrecht haben. Der Vertreter der E.K.J. erklärte weiter, dass der neue Exekutivausschuss der Partei paritätisch gewählt sein müsse aus der gleichen Zahl von Vertretern

reaktion zu gehen, wurden in die Fraktionen geradezu gewaltsam hineingedrängt. Aber noch an demselben Tage, ja zur selben Stunde, der der Vertreter der Komintern dem Kongress die paritätische Zusammensetzung der neuen Parteizekutive diktierte, erklärte er, dass der neue, vom Kongress eben auf seinen Antrag gewählte Parteizekutive überhaupt nicht zusammentreten oder dass ein Direktorium eingesetzt werden würde. So ist es auch geschehen. Der Vertreter der Komintern ernannte ein Direktorium aus der gleichen Zahl von Anhängern und Exponenten beider Fraktionen oder von in die Fraktionen auf seinen Antrag hineingedrängten Genossen, die sich keiner Fraktion anschliessen wollten. Bei Entscheidung war regelmässig Stimmengleichheit, so dass mit seiner Stimme der Vertreter der E.K.J. entschied, der sich schon vorher auf die Seite einer dieser beiden Fraktionen gestellt hatte. Ausserdem erklärte der Vertreter der E.K.J., dass das Direktorium keine Exekutivgewalt habe. Durch dieses Vorgehen war allerdings die innere Krise in der Kommunistischen Partei Oesterreichs nicht liquidiert, sondern verschärft. Und in dieser kritischen Situation der Partei fuhr der Vertreter der E.K.J. aus Oesterreich weg, liess sich abberufen. Inzwischen kam es zu weiteren Verletzungen der Disziplin gegenüber der Partei und der Komintern. Toman, der sich vorher bewegen liess und aus Oesterreich abreiste, kehrte von neuem zurück und erklärte einfach, dass er sich der Anordnung der Komintern und der Partei nicht unterwerfe. Seine Tat blieb straflos und trug dazu bei, dass die Verletzung der Disziplin, ja sogar der Partei ihre Regel wurde.

Als sich zeigte, dass das Direktorium in der Partei keine Ordnung machen und die Partei nicht führen könne, schickte die Exekutive nach Oesterreich einen neuen Vertreter und entschied, dass an die Stelle des bisherigen Direktoriums die Funktion der Zentrale der auf dem Kongress gewählte Exekutivausschuss und ein aus seiner Mitte gewähltes politisches Büro antrete. Sobald diese Entscheidung bekannt wurde, leitete eine von beiden Fraktionen - die Fraktion Toman - eine Kampagne gegen die vom Kongress gewählte und paritätisch zusammengesetzte Parteizekutive ein. Um ihre Einberufung und ihr Funktionieren zu vereiteln, griff sie zu Mitteln, die in einer, wenn auch nur teilweise gesunden kommunistischen Partei keinen Platz haben dürfen. Die Bezirke, wo diese Fraktion die Mehrheit hatte, beschlossen und übergaben dem Vertreter der E.K.J. Resolutionen, in denen sie erklärten, dass sie, wenn die Entscheidung der Exekutive durchgeführt würde, die Abführung der Beiträge an die Partei einstellen würden!! Einige von ihnen taten es schon eine ganze Reihe von Monaten. Man drohte mit Spaltung der Partei! Ja die Angehörigen der gewählten Fraktionen gingen noch weiter: sie beschlossen, sich an der Maifeier der Partei nur unter der Bedingung zu beteiligen, dass ihnen die bindende Erklärung werde, dass die Entscheidung der Exekutive über die Einsetzung der vom Kongress gewählten Parteizekutive nicht durchgeführt werde. Die Bezirke, wo die Anhänger dieser Fraktion die Mehrheit hatten, trafen alle Vorbereitungen zu selbständigen Maifeiern in den Bezirken. Das ist allerdings etwas, was nach meiner Meinung nicht in der Kommunistischen Partei geduldet werden kann. Es kann ein solches Vorgehen auch nicht im Rahmen der Kommunistischen Internationale geduldet werden. Das ist politische Erpressung grösster Art, eine Erpressung im Rahmen der eigenen Partei und der Kommunistischen Internationale. Auf ein solches Vorgehen ist nur eine Antwort möglich: entweder sich der Entscheidung der Partei oder der Exekutive unterwerfen oder aus der Partei hinaus!!

Aber diese grobe Verletzung der Disziplin hatte nicht ein schiefes Einschreiten des Vertreters der E.K.J. und der Exekutive selbst zur Folge, sondern führte die erwähnte Fraktion um einen beträchtlichen Schritt mehr zu ihren Fraktionszielen, zur vollständigen Beherrschung der Partei.

Unter ihrem Druck, der in einer systematischen Störung der Disziplin gipfelte, derenwegen in jeder anderen kommunistischen Partei die schärfsten Vorkehrungen folgen würden, die sich je nach Schwere des Delikts und der persönlichen Verantwortlichkeit bis zur Ausschließung aus der Partei steigern würden, wurde der ursprüngliche Beschluss der Exekutive auf Einsetzung der vom Kongress gewählten Exekutive abgeändert, die vom Kongress gewählte Exekutive ihrer Funktion enthoben und eine neue Zentrale ernannt, in der die Fraktion, deren führende Leute sich der größten Disziplinbrüche gegenüber der Partei und der Internationale schuldig gemacht hatten, die absolute Mehrheit der Vertretung erhielt. Der Fraktionszweck wurde hier durch nichtkommunistische Mittel geheiligt. Aber er führte zu den Fraktionszielen.

Es ist begreiflich, dass der Kampf zwischen den Fraktionen durch dieses Vorgehen nur verschärft werden wird, dass die innere Krise der Partei noch mehr gesteigert wird, dass die Partei und die Komintern noch mehr an Autorität und Gewicht nicht nur bei den Angehörigen der Fraktion verlieren werden, sondern auch bei jenen, die das Interesse der Partei und der Komintern bisher über das Interesse der Fraktionen stellten und stellen. Dadurch sind die Perspektiven der Entwicklung der kommunistischen Partei Oesterreichs weit schlechter geworden als sie vor einem halben Jahre waren, als sie vor dem unglücklichen Eingreifen der Vertreter der Exekutive waren, dass gewiss auf der Unkenntnis der Verhältnisse und auf verschiedenen Umständen beruhte, aber das sicherlich nicht die Intention der Kommunistischen Internationale und ihrer Exekutive war und ist. Die Krise, die zwar schon einen notorischen Charakter hatte, die aber noch vor wenigen Monaten ohne Katastrophe für die Sektion der Kommunistischen Internationale Oesterreichs beigelegt werden konnte, ist in ein Stadium gelangt, das für die Partei der Rand des Abgrundes ist. Heute geht es tatsächlich um Sein oder Nichtsein der Sektion der Kommunistischen Internationale in Oesterreich.

1921 wurde, eines Tages zurückgeführt, und alle Ermahnungen, daß er durch die Disziplin der Exekutive der Kommunistischen Internationale (E. R. I.) gebunden sei, gingen ins Leere. Ein Antrag in der Parteileitung, ihn, wenn er sich der Entschuldig der E. R. I. nicht unterwerfe, rücksichtslos aus der Partei auszuschließen, wurde nicht nur von seinen Fraktionsanhängern bestritten, sondern auch vom Vertreter der E. R. I. selbst. Nach dieser Nachgiebigkeit und Rücksichtnahme gegenüber einer Verletzung der Disziplin war es kein Wunder, wenn eine Disziplinverletzung (und zwar von beiden Seiten) auf die andere folgte. Die Angehörigen beider Fraktionen sagten sich einfach, daß man die Disziplin in der Partei und gegenüber der Komintern kraftlos mit den Füßen in den Staub treten könne, und nützen das ausgiebig aus. In dieser Atmosphäre trat neuer im Frühjahr der Kongreß zusammen. Auf diesem Kongreß hatte die Fraktion Frau eine Mehrheit von einer Stimme, während die Anhänger der Fraktion Loman in der Minorität blieben. Der Kongreß wurde der Mittelpunkt eines ungelegenen Fraktionskampfes. Auf Antrag des Vertreters der Komintern wurden nicht einmal die Kongreßmandate überprüft, und es wurde nicht konstatiert, ob die anwesenden Delegierten das Stimmrecht haben. Der Vertreter der E. R. I. erklärte weiter, daß der neue Exekutivsausschuß der Partei paritätisch gewählt sein müsse aus der gleichen Zahl von Vertretern beider Fraktionen. Diejenigen, die sich wehrten, mit irgendeiner Fraktion zu gehen, wurden in die Fraktionen geradezu gewaltsam hineingedrängt. Aber noch an demselben Tage, ja zur selben Stunde, da der Vertreter der Komintern dem Kongreß die paritätische Zusammensetzung der neuen Parteiregierung diktierte, erklärte er, daß der neue, vom Kongreß eben auf seinen Antrag gewählte Parteiregierung überhaupt nicht zusammentreten und daß ein Direktorium eingesetzt werden würde. So ist es auch geschehen. Der Vertreter der Komintern ernannte ein Direktorium aus der gleichen Zahl von Anhängern und Exponenten beider Fraktionen oder von in die Fraktionen auf seinen Antrag hineingedrängten Genossen, die sich keiner Fraktion anschließen wollten. Bei Entscheidungen war regelmäßig Stimmgleichheit, so daß mit keiner Stimme der Vertreter der E. R. I. entschied, der sich schon vorher auf die Seite einer der beiden Fraktionen gestellt hatte. Außerdem erklärte der Vertreter der E. R. I., daß das Direktorium keine Exekutivgewalt habe. Durch dieses Vorgehen war allerdings die innere Krise in der Kommunistischen Partei Oesterreichs nicht liquidiert, sondern verschärft. Und in dieser kritischsten Situation der Partei fuhr der Vertreter der E. R. I. aus Oesterreich weg, ließ sich abberufen. Inzwischen kam es zu weiteren Verletzungen der Disziplin gegenüber der Partei und der Komintern. Loman, der sich vorher bewegen ließ und aus Oesterreich abreiste, kehrte von neuem zurück und erklärte einfach, daß er sich der Anordnung der Komintern und der Partei nicht unterwerfe. Seine Lat blieb strafflos und trug dazu bei, daß die Verletzung der Disziplin, ja sogar der Parteizehre Regel wurde.

Beizug der Exekutive auf Einziehung der vom Kongreß gewählten Exekutive abgeändert, die vom Kongreß gewählte Exekutive ihrer Funktionen enthoben und eine neue Zentrale ernannt, in der die Fraktion, deren führende Leute sich dieser größten Disziplinbrüche gegenüber der Partei und der Internationale schuldig gemacht hatten, die absolute Mehrheit der Vertretung erhielt. Der Fraktionskrieg wurde hier durch nichtkommunistische Mittel geheilt. Aber er führte zu den Fraktionszielen.

Es ist begreiflich, daß der Kampf zwischen den Fraktionen durch dieses Vorgehen nur verschärft werden wird, daß die innere Krise der Partei noch mehr gesteigert wird, daß die Partei und die Komintern noch mehr an Autorität und Gewicht nicht nur bei den Angehörigen der Fraktion verlieren werden, sondern auch bei jenen, die das Interesse der Partei und der Komintern stellen über das Interesse der Fraktionen stellen und stellen. Dadurch sind die Perspektiven der Entwicklung der kommunistischen Partei Oesterreichs weit schlechter geworden als sie vor einem halben Jahre waren als sie vor dem unglücklichen Eingreifen der Vertreter der Exekutive waren, das trotz auf der Unkenntnis der Verhältnisse und auf verschiedenen Umständen beruhte, aber das sicherlich nicht die Intention der Kommunistischen Internationale und ihrer Exekutive war und ist. Die Krise, die zwar schon einen notorischen Charakter hatte, die aber noch vor wenigen Monaten ohne Katastrophe für die Sektion der Kommunistischen Internationale Oesterreichs beizgelegt werden konnte, ist in ein Stadium gelangt, das für die Partei der Hand eines Abgrundes ist. Heute geht es tatsächlich um Sein oder Nichtsein der Sektion der Kommunistischen Internationale in Oesterreich.

**Wie es bei den Wiener Kommunisten zugeht.**  
 Schilderung von einem Kommunisten.

Unter dem Titel: Das warnehm Beispiel der inneren Krise der Kommunistischen Partei Oesterreichs schildert in der Bohemer (kommunistischen) „Kronach“ der (tschechische) Führer der Wiener Kommunistenpartei Hr. Richter die „Verhältnisse“, wie sie sich in der Kommunistischen Partei Oesterreichs herausgebildet haben. Wir geben seine lehrreichen Darlegungen nachfolgend wieder; sie sprechen für sich selbst.

Die Exekutive der Kommunistischen Internationale (Komintern), die sah, daß die Fraktionskämpfe in der Kommunistischen Partei Oesterreichs die Partei nicht nur in immer größere Verwirrung, sondern geradezu ins Verderben treiben, daß es nicht möglich ist, in der auf dem Kongreß 1923 gewählten Zentrale eine Zusammenarbeit zu erzielen, ordnete an, daß der Zentralausschuß suspendiert werde oder besser gesagt, demissioniere und eine provisorische Parteileitung eingesetzt werde. Dem folgte der weitere Schritt, daß fünf fraktionell exponierte Genossen aus der Parteileitung abberufen und zwei von ihnen, die Genossen Loman und Frau, aus Oesterreich in andere Staaten vertriebt wurden. Es schien, daß sich tatsächlich eine Plattform für die Liquidierung der Fraktionskämpfe in der Partei zu bilden begänne. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale schickte nach Oesterreich ihren Vertreter, den Genossen Keurath, der bei der Liquidierung der Fraktionskämpfe in der Partei der bewegende und impulsive Hebel sein sollte. Durch die Befreiung der am meisten in den Fraktionen tätigen Genossen wurde unter der Mitgliedschaft eine durchaus andere Stimmung herbeigeführt. Überall dort, wo in die Versammlungen der Vertreter der Komintern kam und erklärte, daß die Exekutive der Kommunistischen Internationale entschlossen sei, mit allen Mitteln zugunsten einer Liquidierung der Fraktionskämpfe in der Partei einzugreifen, fand er vollständige Zustimmung. Die Mitglieder waren einerseits laut der Fraktionskämpfe, andererseits imponierte ihnen noch die Autorität des Komintern und seines Vertreters. Die Situation änderte sich, als klar zu werden begann, daß die Vertreter der Kommunistischen Internationale — es waren zu jener Zeit in Wien zwei —, insbesondere aber Keurath, zwischen den Fraktionsströmungen zu schwanken begannen, wie er unentschieden von einer Seite auf die andere labiert, wie er halt der festen Linie der Komintern zuerst den Weg der fraktionellen Schwankung betritt, der sich allmählich zum Hinneigen zu einer von beiden Fraktionen, und zwar zur Fraktion Loman, entwickelte. Das führte dazu, daß die Autorität des Vertreters der Exekutive bald verbraucht war und mit seiner Autorität auch die Autorität der Komintern untergraben wurde. Daneben war es die absolute Unentschiedenheit des Vertreters der Exekutive in Italien, wo es sich um eine direkte Verletzung der Disziplin durch die Führer der Fraktionen gegenüber der Kommunistischen Internationale handelte. So ist Loman, der durch die Entscheidung der Exekutive in ein anderes Land ver-

triebt wurde, sich zeigte, daß das Direktorium in der Partei keine Ordnung machen und die Partei nicht führen könne, schickte die Exekutive nach Oesterreich einen neuen Vertreter, und entschied, daß an die Stelle des bisherigen Direktoriums die Funktion der Zentrale der auf dem Kongreß gewählte Exekutivsausschuß und ein aus seiner Mitte gewähltes politisches Bureau antrete. Sobald diese Entscheidung bekannt wurde, leitete eine von beiden Fraktionen — die Fraktion Loman — eine Kampagne gegen die vom Kongreß gewählte und paritätisch zusammengesetzte Parteiregierung ein. Um ihre Einberufung und ihr Funktionieren zu vereiteln, griff sie zu Mitteln, die in einer wenn auch nur teilweise gesunden kommunistischen Partei keinen Platz haben dürfen. Die Bezirke, wo diese Fraktion die Mehrheit hatte, beschloßen und übergaben dem Vertreter der E. R. I. Resolutionen, in denen sie erklärten, daß sie, wenn die Entscheidung der Exekutive durchgeführt würde, die Abführung der Beiträge an die Partei einstellen werden! Einige von ihnen taten es schon eine ganze Reihe von Monaten. Man drohte mit Spaltung der Partei. So, die Angehörigen der erwähnten Fraktion gingen noch weiter: sie beschloßen, sich an der Raifeier der Partei nur unter der Bedingung zu beteiligen, daß ihnen die bindende Erklärung werde, daß die Entscheidung der Exekutive über die Einsetzung der vom Kongreß gewählten Parteiregierung nicht durchgeführt werde. Die Bezirke, wo die Angehörigen dieser Fraktion die Mehrheit hatten, trafen alle Vorbereitungen zu selbständigen Raifeiern in den Bezirken. Das ist allerdings etwas, was nach meiner Meinung in der Kommunistischen Partei nicht geduldet werden kann. Es kann ein solches Vorgehen auch nicht im Rahmen der Kommunistischen Internationale geduldet werden. Das ist politische Expression größter Art, eine Expression im Rahmen der eigenen Partei und der Kommunistischen Internationale. Auf ein solches Vorgehen ist nur eine Antwort möglich: entweder sich der Entscheidung der Partei und der Exekutive unterwerfen oder aus der Partei hinaus!

Aber diese grobe Verletzung der Disziplin hatte nicht ein scharfes Einschreiten des Vertreters der E. R. I. und der Exekutive selbst zur Folge, sondern führte die erwähnte Fraktion um einen beträchtlichen Schritt mehr zu ihren Fraktionszielen: zur vollständigen Beherrschung der Partei. Unter ihrem Druck, der in einer systematischen Stärkung der Disziplin gipfelte, bereiteten in jeder anderen kommunistischen Partei die schärfsten Vorkehrungen folgen würden, die sich je nach Schwere des Delikts und der persönlichen Verantwortlichkeit bis zur Ausschließung aus der Partei steigern ließen.

A n t r a g  
- - - - -

In Anbetracht der Erfolge der Kommunistischen Partei Deutschlands, die die Augen der österreichischen Arbeiter auf die Ereignisse in Deutschland lenken, in Anbetracht dessen, dass die Ereignisse in Deutschland für die Kommunistische Partei ~~in Österreich~~ Oesterreich selbst einen Aktivposten für ihre eigene Politik bei geeigneter Ausnützung darstellen kann, beschliesst der PV :

1.) Es wird sofort eine grosse, zentrale Versammlung der KPÖ Wien womöglich auch in den wichtigsten Provinzorten einberufen, zu der eine grosse Propaganda in den Lokalorganisationen entfaltet werden soll und für die Referenten der deutschen Kommunistischen Partei eingeladen werden müssten.

2.) Es genügt nicht, blos in den Ortsgruppen Referate zu halten, sondern es müssen auch in den Bezirken vor der zentralen Versammlung (oder mehrere Bezirke zusammen müssen Versammlungen einberufen.

Hierzu leisten sie Vorarbeit in den Betrieben, in grösseren Betrieben werden auch Betriebsversammlungen abgehalten mit dieser aktuellen Tagesordnung, um damit mit der bisher vernachlässigten politischen Propagandarbeit in den Betrieben beginnen zu können.

3.) Finanzielle Schwierigkeiten dürfen kein Hindernis sein. Für die zentrale Kundgebung ~~heraus~~ gibt der Parteivorstand die Zettel u. ev. Plackate heraus, für die bezirks (orts)weisen Versammlungen die Bezirke. Die Referente aus Deutschland sollen von der KP Deutschlands bezahlt werden. Das  
Das

Sekretariat wendet sich eilbrieflich an die deutsche KP.

*Antw. Schreyer*

Reimsberg, 3. Aug. 1844.

Lieber Franz!

Ich bemühe die freie Zeit zwischen zwei Vorlesungen,  
um die den Empfang deines letzten Briefes vom 12. III. zu  
befähigen und die in aller Eile zu antworten.

Es war mir außerordentlich interessant, so genau in-  
formiert zu werden. Das ist so gelegenheitlich von anderer Seite  
über die Vorfälle bei Cuz und die Vorgänge auf dem  
Festlande Juba, (was mir sehr wenig) bestr. liegt man  
als von deinem Mittheilungen, mit manchem Kinnel ab  
allerdings nicht ganz überein.

Dein Brief enthält zu dem allergrößten Teil mir fast  
ganz neue Nachrichten über die Vorfälle bei Cuz und  
über deine Mittheilungen zu diesen Vorfällen betrifft, so  
kann ich in der, wie mir scheint, wichtigsten Sache mit dir  
nicht übereinstimmen, und zwar in der Eintheilung des  
Fraktionensystems. Ich setze aus deinem Briefe wieder,  
daß dieser Begriff sehr verschiedene Formen angenommen hat und  
zuerst, daß es sich immer hier in die Probe einwurzelt  
und sie immer mehr zerfällt. Du setzt sich vor, wenn  
du sagst, daß dieser Begriff des Symbol einer Krankheit ist  
und daß die über in jeder Linie & darauf gewiß sein  
müß, die diese Vorrede zu bestr. über beide läßt sich

nicht von einander kennen, und so lange der Funktionenkampf währt, kann die Partei nicht gedeihen. Es müßte nicht, wenn sich die Angelegenheit einer Funktion darauf beruht, resp. ob diese notwendig sei, um die Moral des Libels zu befechtigen, denn diese Personen, selbst wenn sie ein geeignetes Mittel zum Zweck sein sollten, den Parteien. Nicht nur eine große fortschrittliche Partei wie in Rußland, auf eine kleine immer übermäßigem Reformen und Reformen gegenüberstehende wie in Österreich kann sich der Zweck eines Funktionenkampfes nicht leisten. Das muß nicht nur meine Ansicht auf die Partei und die E. gleichzeitig für die Fortführung der Social Reformen in der Partei und auch für die andere dinge Unterdrückung des Funktionenkampfes sorgen, das ist nicht so ganz überflüssig zu sein, weil das der beste Teil der Mitgliedschaft mit Freude begrüßen und unterstützen wird. Ob N. diese Aufgabe in möglichster und besonders geschickter Weise ausgeführt hat, ist eine andere Frage, für deren sichere Beantwortung wir ausreichende Grundlagen fehlen. Das Ergebnis scheint jedenfalls nicht dafür zu sprechen. Mein Standpunkt bezüglich einer Einigkeit auf dem selben Grund ist in keiner  Weise geändert.

Mit freundlichen Grüßen an dich, deine Frau  
und die kleinen für angenehme Neugier  
wie in alle Lieben

Vokw

Resolution der Genossen der Localorg. Heidelberg  
zur Umstellung der Partei auf Grundlage der  
Betriebszellen.

Die am 31. März 1924 im Cafe Renaissance tagende  
Konferenz begrüsst den Beschluss der Komintern die  
Organisation der Kom. Parteien auf Grundlage der  
Betriebszellen umzusetzen.

Die Konferenz hält jedoch den Beschluss des  
polit. Büros diese organisatorische Umstellung  
sofort und in forcirtem Tempo durchzuführen,  
im strikten Widerspruch zu dem älteren Beschluss  
der Komintern etc. etc.

Nur für Deutschland hat die Komintern ausdrück-  
lich die Durchführung innerhalb 8 Wochen angeor-  
dnet. Allen anderen Parteien jedoch hat die Komintern  
den grösseren Spielraum gelassen und sie beauftragt,  
die Umstellung durch eine gründliche Diskussion vorzu-  
bereiten, und so durchzuführen, dass das Gefüge der  
Partei keinen Schaden erleidet. Die sofortige organis.  
Umstellung wäre bei dem jetzigen Zustande der Partei  
eine schwere Erschütterung des Parteigefüges.

Für Deutschland war die rasche Umstellung eine  
zwingende Notwendigkeit in Folge der Illegalität. Aber  
selbst für Deutschland gab die Komintern einen  
Spielraum von 8 Wochen. In Österreich aber, wo von  
einer Illegalität keine Rede ist, will das polit. Büro  
die organisat. Umstellung in 6 Wochen durchzuführen.  
Aber auch die Umstellung innerhalb 8 Wochen in Deutsch-  
land kann nur durchgeführt werden, weil die

weil die Mitgliedschaft der K. T. J. darauf sorgfältig vorbereitet wurde durch eine mehr monatliche Diskussion in Österreich aber sind von der Parteipresse bis heute nicht einmal die beiden grundlegenden Resolutionen der Komintern veröffentlicht worden über die Betriebszellen und ihre Durchführung.

Die organisatorische Umstellung darf nicht mechanisch sondern sie muss im Prozess der Arbeit durchgeführt werden. Das heißt, es müssen die Betriebsfaktionen durch und in der Arbeit gefestigt werden und in selber Stärke als dies geschieht kaum und darf das Schwergewicht der Partei auf die Betriebszellen verlegt werden. Und nicht früher darf die gegenwärtig bestehende Organisation aufgegeben werden, bevor nicht im Prozess der Arbeit die Betriebszellen so gefestigt dastehen dass wir ein zuverlässigen Spieler für das organisatorische (~~Unterbaustein~~) Gerüst der Partei abgeben können.

II.  
Nur in folgender Weise kann die Parteiorganisation ohne dass die Partei geschädigt wird auf Grundlage der Betriebszellen umgestellt werden. 1.) Sofortige Veröffentlichung der beiden grundlegenden Beschlüsse der Komintern über die Betriebszellen und über die Durchführung der organisatorischen Umstellung. Sofortige Eröffnung der Diskussion in der Parteipresse um den Mitgliedern die Beschlüsse der Komintern im Detail verständlich zu machen.

2.) Diese Diskussion muss um die Umstellung zu erleichtern auch geführt werden innerhalb der Parteiorganisationen und zwar in den Lokal vertretungsmännernkonferenzen in den Mitgliederversammlungen und im Wiener Marktstab auch in der Wiener Vertrauensmännernkonferenz und am Wiener Landesparteitag. Es ist unerlässlich dass bei diesen Diskussionen die Parteifunktionäre auf deren Schultern ein Großteil der Parteiarbeit ruht. Die Lokalausweise, die Sprengel und Gruppenleiter angeschaltet werden wie es bis jetzt planmäßig geschehen ist.

3.) Zeitgerecht ist ein der neuen Organisationsform entsprechendes Statut zu veröffentlichen.

4.) Die Diskussion ist auf einem Parteitag abzuschließen, der für Spitzposten einberufen ist und das der neuen Organisationsform entsprechende Statut zu beschließen hat.

5.) Mit der Durchführung der Umstellung auf die neue Organisationsform ist sofort nach dem Parteitag zu beginnen unter Leitung des neu gewählten vom Vertrauen der Mehrheit getragenen Partei verstanden.

6.) Es ist unbedingt notwendig, dass alle Parteimitglieder die volle Gewähr haben, dass der Parteitag nicht fraktionell sondern voll-  
kommen ehrlich vorbereitet wird. Dazu müssen bei den jetzigen Verhält-  
nissen ~~schon~~ ~~in~~ in der Partei folgende Garantien ver-  
wirklicht werden.

a) Die Führung der Partei bis zum Parteitag über eine vom letztem  
Parteitag gewählte Parteivorstand. So lange der Gen. Teubler an  
der Ausübung seiner Parteivorstandsfunktion verhindert, übt an  
seiner Stelle Gen. Schönpfelder die Funktion aus.

b) Der Parteitag wird auf Grundlage des geltenden Statuts das  
von der Komintern sanktioniert wurde einberufen und abgehalten.

1) Die Konferenz <sup>III.</sup> billigt dass die Wiener Vertrauensmännerkonf.  
hierzu nicht einberufen würden und auf diese Weise der Versuch ge-  
macht wurde, einen Großteil der Vertrauensmänner der Partei <sup>entzulen</sup>  
die Gruppen und Sprengleiter und Lokalkomitees von der Dis-  
kussion und Mitarbeiter bewusst auszuschalten.

2) Die Konferenz verlangt die sofortige Veröffentlichung der beiden  
grundlegenden Beschlüsse der Komintern über die Umstellung  
~~der Arbeit~~ ferner die Einberufung der Wiener Vertrauensmännerkon-  
ferenz für Samstag den 5. April mit der Tagesordnung: Die Um-  
stellung der Organisation auf die Betriebszellen weisens die Einberu-  
fung des falligen ordentlichen Wiener Landesparteitages für  
Ostern der sich ebenfalls mit dieser Frage befassen soll und schließ-  
lich die Einberufung des außerordentlichen Parteitages für Pünktlich  
wobei die oben genannten Garantien für die ehrliche Vorbereitung des  
Parteitages in kürzester Zeit zu verwirklichen sind.

3) Durch die spindliche Aussprache auf der Wiener Vertrauensmänner-  
konferenz wird dem Wiener Landesparteitag, auf diesem vom Parteitag  
vorgesehenen im Wiener Maßstab höchsten Parteinstanzen  
wird die geregelte Durchführung der organisatorischen Umstellung  
in Wien. -

Wo die Umstellung sehr viel komplizierte Fragen zu lösen hat,  
- im Sinne der Beschlüsse der Komintern beschleunigt werden.

4) Die Konferenz hält es für unbedingt notwendig, um die  
Klärung in der Partei über organisatorische Umstellung  
einzuleiten, dass die Resolution veröffentlicht werde.

Oesterreich.

Parteitag W 1924

Wien am 23. März 1924

An das Exekutivkomitee der Komintern

Moskau

Werte Genossen!

Ich habe fast 2 Wochen nach Ablauf des Parteitages geschögert einen Bericht über die Situation in der Partei an das E.K.K.I. zu senden, um so mehr als ich der Verfügung des Gen. Mourath nicht widerstehen wollte, der unter Androhung des Ausschlusses sowohl den abgesetzten als Parteitag rechtmässig gewählten P.V. - Mitgliedern, als auch der Jugendorganisation verbot, an die Komintern Berichte abzuschicken. Die letzten Ereignisse jedoch, machen es zu einer zwingenden Notwendigkeit, auch über die Lage auch vom Standpunkt der Echtheit des Parteitages zu informieren. Eine Kopie dieses Berichtes übergabe ich dem von Gen. Mourath eingesetzten Direktorium.

1. Die Entwicklung der verschiedenen Gruppierungen in der Partei.

Die österr. Parteibewegung kennt im Grunde genommen 4 Richtungen vom Zeitpunkt ihrer Gründung an bis zum heutigen Tag gerechnet. In Parolen ausgedrückt sind diese Richtungen gekennzeichnet durch die Genossen Strasser, Koritschoner, Tomann und Frey.

Die Richtung Strasser vertrat den rechtsten Flügel in der österr. Partei. Auf dem V. Parteitag wurden ihre Exponenten politisch erledigt und haben seither in der Partei nicht nur keinen Einfluss gewonnen, sondern sind von der Arbeit vollständig zurückgezogen. Die Versuche vor dem jetzigen Parteitag, den Gen. Strasser als Chefredakteur und politischen Leiter der P.V. zu kandidieren, sind von den Initiatoren vorzeitig am Parteitag selbst aufgegeben worden, so überwältigend ist die Abneigung der Parteimitglieder gegen den Genossen Strasser, nicht bloss seiner bekannten politischen Haltung wegen, sondern wegen seiner sprichwörtlichen Passivität, die ihn bei den wichtigsten politischen Auseinandersetzungen im P.V. fast kein Wort sprechen liess und die Vernachlässigung der P.V. herbeiführte.

Die Richtung Koritschoner, die gekennzeichnet ist durch die Ereignisse des Gründungs tags und 15. Juni, durch seine ablehnende Haltung der Einheitsfrontspolitik und Taktik der Arbeiterregierung gegenüber, des Missbrauchs der illegalen Organisation, durch den insgemeinen Versuch der Beherrschung von Stosstrupps und Organisierung von Sabotageakten, durch die Konfliktierung mit den äussersten Rechten, politischen korrupten Demagogen hat ebenfalls vollständig abgewirrschaftet. In der Partei ist der Name Koritschoner vollständig in Vergessenheit geraten. Auch die traditionelle Sympathie nicht sichern können. Seine Funktionen, hauptsächlich intellektuelle, sind vollständig passiv und seit Monaten auf den Organisations verschwand. Die Arbeiterelemente sind zur Freyrichtung übergegangen oder verfallen kampflos, sich irgendwie neutral zu verhalten. Insbesondere hat Koritschoner, neben den politischen Vindereien und Oberflächlichkeiten, das letzte Jahres die sogenannte Freyrichtung nie vorzählen können, dass er um seine politischen Ziele zu erreichen, sich mit den korrupten Elementen zusammenschloss, die er bis vor kurzem noch als feindliche Blat bekämpfte. Die Formanrichtung vergisst Koritschoner um so leichter, als er ihr nur zur moralischen Deckung ihrer unerhörten Praktiken diente, die Vergangenheit Koritschoners konnte ihn vor dem vernünftigen Urteil der gesamten Partei nicht retten.

In der Formanrichtung vereinigt sich politische Demagogie und Selbstsucht mit politischer und materieller Korruption. Es ist bezeichnend, dass Tomann seit seinem Eintritt in die Partei es fertiggebracht hat, alle geistig führenden Kräfte auszuschalten oder ihre Zusammenarbeit un-

möglich zu machen (Hr. Friedländer, Frank, Gerh. B. Legelcher u. a.). Die Enttückung der Funktionäre wurde dadurch gesichert, dass oft gute Elemente politisch und materiell von ihm korumpiert wurden (Tober, Forst) oder auf dem Niveau demagogischer Flachheit auf dem er sich befand, herabgedrückt wurden (Paisor, Ketzlik, Rihs, Fiala etc. etc.) Man braucht nur die Losungen und Stichworte, unter denen diese Richtung im Parteistreit wirkte zu hören, und man kann beurteilen, wie hoch ihr geistiger Führer stehen muss, wenn er dies zuließ und förderte. Die Wahlniederlage, herbeigeführt durch die fehlerhafte Wahltaktik und durch den untaktischen Wahlkampf selbst hat die Tomannfraktion in alle Winkel Österreichs. In allen Wiener Bezirken mit Ausnahme von X und XVI, in Oberösterreich, in einem Teil von Niederösterreich und Steiermark haben die tomannitischen Funktionäre jeden Anhang verloren. Selbst im XVI. Bezirk wurde die vom tomannitischen Ausschuss eingereichte Liste der Delegierten zum Parteitag von der Mitgliederversammlung abgelehnt und eine andere, die im Parteistreit weniger exponiert war, gewählt. Was zeigt, dass trotz der ungünstigen Einflussnahme der Kominternvertreter im österr. Parteistreit die Fraktion politischer und moralischer Perfidie den Boden unter den Füßen endgültig verloren hat. Am Parteitag hat die Mehrheit 19 Stimmen, die Tomannrichtung 12 - 13 Stimmen (die neutralen 5 - 6 Stimmen) was bei den Abstimmungen zu den Vorschlägen für die Kommissionen klar hervortrat.

Die Freyrichtung charakterisierte sich im politischen Aufstieg der Partei bis zur Genfer Aktion, in der Sammlung der geistigen Kräfte, in der Entwicklung der Parteifunktionäre bis zum VI. Parteitag. Am und nach dem VI. Parteitag zwang die Tomannfraktion, die sich organisiert hatte und das Verhalten des Kominternvertreters, der die Einhaltung der vor dem VI. Parteitag getroffenen Vereinbarungen nicht erzwang, die sogenannte Freyrichtung sich energisch zur Wehr zu setzen und sich ebenfalls zu einer Fraktion zusammenzuschließen. Die Wahl der bisherigen prov. Parteikomitees durch die auf dem VI. Parteitag von Tomann fraktionell zu ernannte Reichsvertretung hatte ~~er~~ trotz der verriichtenden Details der Parteitagordnung unter Zustimmung des Kominternvertreters sowohl die Parteileitung als auch die Parteiführung im ganzen und großen in der Minderheit der Tomannfraktion belassen. Dennoch gelang es nach der Liquidierung der Fraktion den ~~schmaligen~~ Genossen der ehemaligen Freyrichtung in Wien mit 11 : 9 Stimmen die Majorität zu bekommen. Die Genossen dieser Richtung haben große Opfer an Selbstüberwindung geleistet. In Oberösterreich brachte man die Organisation von 900 auf 200 Mitglieder herunter, suspendierte der besten Genossen, intrigierte gegen Gen. Deubler, verbreitete Lügen über die Haltung der oberösterreichischen Genossen im Wahlkampf. Kein einziger Genosse trat zu den Sozialdemokraten über, während in den tomannitischen Provinzgruppen im Wiener Neustädter Gebiet die Gruppe Wimpasing vollständig, Peritz zum Übergroßen Teil und auch ein Teil von Neunkirchen in die S.P. als Resultat der Wahlakrobatik in die S.P. übertrat.

## 2. Die Vorbereitungen zum 7. Parteitag.

Die Kominternvertreter hatten die organisatorischen Vorbereitungen nicht ~~überwacht~~, nicht einmal die Anzahl der Delegierten der einzelnen Länder werden vorher im P.V. beschlossen. Beim Wahlgang waren die Kominternvertreter nicht anwesend, so dass im X. Bezirk, Delegierte zur Durchsetzung der ~~Wahl~~ Wahl der Gen. Tomann gewählt wurden, im XIII. Bezirk mit 45 Stimmen Majorität (39 : 35) an Stelle Parität 2 Exponente der Tomannrichtung gewählt wurden. Im 17. Bezirk die gegen Tomann eingestellte tschechische Gruppe obzwar die die Majorität ist, absichtlich von der Wahl nicht verständigt wurde, im XIX. Bezirk, nach dem 21 : 20 Stimmen für einen neutralen Delegierten waren mit 19 : 18 Stimmen ein Exponent der Tomannrichtung gewählt wurde. Wien entsandte nur 4500 Mitglieder 20 Delegierte, Niederösterreich nur ca 1000 Mitglieder nur 8 Delegierte. Die politischen Thesen des Gen. Neureth mussten dreimal, die wirtschaftlichen Thesen auch dreimal nahezu vollkommen umgestaltet werden. Die organisatorischen Thesen konnten durch Nichtzustandekommen der Sitzung überhaupt nicht vorgelegt werden. Gen. Marasch



für konkrete und aktive Stellungnahme der Partei und eine verschleierte Linie unter Heranziehung aller Kräfte nach dem Parteitag. Ferner wurde das Verhalten der Kominternvertreter in der Parteikrise am VI. Parteitag nach der Wahlniederlage und am Parteitag kritisiert, da der 6. Parteitag die Fraktionen schuf und das Bestehen der Fraktionen letzten Endes zurückzuführen auf das geschwundene Vertrauen zu den Vertretern der Komintern. Jedoch trat dieses Mißtrauens die Majorität letzten Endes für die Vorschläge der Kominternvertreter auf einen paritätischen P.V. ein, obwohl dies im Brief der Komintern nicht verlangt wird. Es muss unterschieden werden zwischen der Kritik am Verhalten der Kominternvertreter und der strikten Durchführung der Weisungen der Komintern.

Die Kommanfraktion alliierte sich am Parteitag mit Töber, der im 10. Bezirk mit der Marschroute der evtl. Wiederwahl des Gen. Tomann gewählt worden war, und dessen moralische Qualität bekannt ist. Das Verhalten dieser Fraktion am Parteitag und sonst, kann gekennzeichnet werden mit folgendem: für die Rückkunft Tomanns, zweimaliger Versuch die Komintern durch die Rückkunft Tomanns zu übertölpeln, um sie vor vollzogene Tatsachen zu stellen, Solidarisierung mit der Desertion des Gen. Tomann aus Deutschland und der Rückkunft aus der Cechoslowakei, gegen den Ausschluss von Töber und Forst, mechanisch-disziplinäre Bestrafung der Wahlniederlage, Deckung aller organisatorischen, gewerkschaftlichen und politischen Praktiken der alten P.V., Wunschen nach Köpfung der besten Parteifunktionäre (Töber, Konauer u. a.), Unterstützung der Internationals, da sie in der Minorität sind und Besavouierung und Hinwegsetzung über sie im Falle der Majorität (VI. Parteitag), Stimmenthaltung bei der Abstimmung über den in langwierigen Sitzungen am Parteitag vereinbarten P.V.

Die Mehrheit am Parteitag musste für die Kommanfraktion irgendwo überrocabel gekonnt sein. Durch das System der Aufrechthaltung der Gleichgewichte ist die von Gen. Neuzath objektiv gegen die Majorität und leider auch subjektiv einseitig.

Es war falsch, den Bericht der Mandatprüfungskommission und seine Abstimmung bis ans Ende der Parteitag zu vermindern, denn es geht nicht um einen P.V. zu wählen, sondern um ein übergestülptes System zu einzuwickeln und abzuwickeln. Wenn Gen. Neuzath noch am Parteitag erklärte, dass er vor dem Parteitag den Vertretern beider Richtungen gesagt habe, er komme auf 4 oder 5 Stimmen mehr oder weniger nicht an, so bewegte sich seine Argumentation hier in einem organischen Widerspruch. Gen. Neuzath setzte voraus, dass selbst bei einer Majorität von 4 - 5 Stimmen ein paritätischer P.V. hätte gebildet werden müssen. Es ist unerfindlich, warum er hier seine Stellungnahme.

Es war falsch, am Parteitag neherdings das Gespenst der Fraktionen an die Wand zu malen. Man führte dazu, dass eine Gruppe von 6 Genossen und die überrechtlichen Genossen aufs äusserste erbittert werden. Es ist wahr, dass die Majorität auf dem Parteitag eine überzeugte Gruppe, die eine politische und taktische Basis hatte, bestand, die aber auf die Person eines Führers strikten Verzicht leistete. Schliesslich kann niemand die Tatsache bestreiten, dass die Parteimitglieder fraktionelle Stellungnahme ablehnen. Den besten Beweis lieferte die Wahl der Delegierten im 10. Bezirk. Gleichviel aber das Verhalten des Gen. Neuzath drückte jedem den Stempel des Fraktionisten auf die Stirn und legalisierte gerade durch den Versuch der paritätischen P.V. die Fraktionen aufs neue, unter Zurückstellung der tatsächlich vorhandenen politischen und taktischen Differenzen. S. S. 2.

Gen. Neuzath vertrat nach der Meinung der Majorität am Parteitag nicht den Standpunkt der Komintern, wenn er mechanisch auf ein System der Aufrechthaltung der Gleichgewichte hinarbeitete, denn man kann nicht Politik vorstellen und ausserdem den Parteiapparat in den Händen der Minorität belassen. Es kann der Wille der F.I. nur gewesen sein, die sowohl der Besigneten und besten und derjenigen, die sich uneigennützig auf den Standpunkt der Komintern gestellt hatten, auszuwählen und sich bemühen, auf den Kern der sachlichen Differenzen zu kommen. Erst auf

Grund einer ideologischen Klarstellung der Differenzen, der klaren Herausarbeitung der Differenzen, kann es ein Zusammenarbeiten geben. Noch nirgends in der Geschichte der Parteibewegungen hat sich der Fall ereignet, dass deswegen weil im Verlaufe eines Parteistreits Fraktionen entstehen, man beide in dasselbe Prokustesbett einspannt. Dass es kein Streit um Personen sein kann, erhellt aus dem Verhalten der Majorität. Dass die Fraktionskämpfe so hart und ausdauernd sein konnten, hat folgende Ursachen: Die politische Bewegung in Oesterreich stagniert und lässt daher das politische Bewusstsein der Parteimitgliedschaft äusserst labil. Der Kampf ist deswegen so heftig, weil es jetzt endlich unter unerhörtem Kraftaufwand, trotz aller Behinderung, den gesunden Elementen in der Partei gelungen ist, die Tradition Tomanns, die der Kommintern ja kein Geheimnis ist, zu brechen. Hierzu kommt noch, dass durch den Entschluss der Kommintern nach dem Auslaugung wohl die Exponenten, entkoben, aber die Klarheit schaffende Auseinandersetzung und die Konsequenz aus dem einen Jahr vollständiger politischer Indolenz, brutaler Vergewaltigung und der verderblichen Wohltaktik und verderblichen Wahlniederlage, die auf einer Ueberschätzung der österreichischen Parteikräfte durch die Kommintern und durch den Disziplinbruch des Gen. Koritschoner bei der erweiterten K.K.K.I., der nicht den Beschluss der Mehrheit der Partei, sondern seinen persönlichen Standpunkt vertrat, zurückzuführen ist, gezogen wurde. Das die einfachste Formel gebracht ist das Verlangen der Mehrheit der Partei nach einer konsequenten konkreten, positiven Politik und Führung gerichtet, weil die Wohlorganiertheit der S.P. und die geistige Führung der 2 1/2. in Oesterreich eine besonders klare Linie in Oest. erfordert. Daher das beharrliche, unausgesetzte Verlangen und die sorgfältige Auswahl der politischen Kräfte. Die politische Lage in Oesterreich hat sich durch die Stabilisierungsperiode besonders erschwert und schafft nicht nur objektiv das Gefühl der Unzufriedenheit mit der Stagnation der K.P.O. sondern subjektiv auch das Verlangen nach einer ehrlichen, vernünftigen und konsequenten Leitung, und mindestens die Diskussion und Entscheidung über die unüberwindbaren Fehler der vergangenen Periode. Es ist unmöglich, gerade der K.P.O. diese Konsequenz ersparen zu wollen.

Genosse Neurath übertrat auch die Kompetenz seiner Funktion, indem er Veto gegen einzelne Personen anwandte (Dachler), obwohl der Parteitag bei dreimaliger und namentlicher Abstimmung das Vertrauen diesem Genossen aussprach. Er übertrat die Kompetenz indem er für einen paritätischen P.V. eintrat, der nicht den im Brief des K.K. enthaltenen Anforderungen entsprach und weder am Parteitag noch danach durch sein weiteres Wirken diesen Anforderungen gerecht werden könnte. Gen. Max überschritt seine Kompetenz indem er Gen. Neurath auf die Liste des P.V. vorschlug, was sicherlich nicht den Direktiven der Kommintern entsprach.

Es war untaktisch, unklar und unrichtig, den Parteitag nach der einstimmigen Wahl des neuen P.V. trotz der Stimmenthaltungen eines Teiles der Tomannfraktion zu schliessen, ohne über die politische Resolution, die Resolution zur Korruption und zu den nächsten Aufgaben der K.P.O. über die prinzipielle Umstellung auf die Betriebszellenorganisation, über die Änderungen des Parteistatuts in der Frage der Erweiterung der Wiener Landesleitung von 4 auf 9 Mitglieder, über die Zulässigkeit der Einschlebung neuer Zwischeninstanzen in den Aufbau der Partei, die Bezirksorganisation, abstimmen zu lassen. So verlief der Parteitag ohne politischen und organisatorischen Resultat.

Das eine Resultat, dass die Parteimajorität selbst für die Vorschläge der K.I.-Vertreter eintrat und stimmte, zu denen sie kein Vertrauen hatte und dass die Tomannfraktion, die so erst so heiss für den Parität - P.V. eintrat, dann die K.I. im Stiche liess, weil sie an dem Widerstand der Parteitagmehrheit immer Vorteil oder Nichtvorteil für ihre Fraktion zu erheben können glaubten, das eine Resultat hätte die Oesterr. Partei billiger haben können. Das ganze Verhalten der Parteitagmehrheit hätte die beste Garantie schon gegeben durch ihr Verhalten vor dem Parteitag.

#### 4. Nach dem Parteitag.

Die Massnahmen des Gen. Neurath nach dem Parteitag sind jedoch derartige, dass selbst der unberührteste Genosse an der Objektivität ~~und sich~~ ~~ich noch gerade vorzweifeln muss.~~

Der einstimmig gewählte P.V., das Resultat der Beschlüssen des Gen. Neurath von 27 Tagen wird am Tage nach dem Parteitag aufgelöst, und von den Kominternvertretern ein Direktorium von 4 Genossen eingesetzt, das nicht einmal der Parteimitgliedschaft bekanntgegeben wird. Bei der Sitzung erklärt Gen. N., dass nur noch Gen. Riela das Wort hat, werfen Beschluss der Kominternvertreter widerspreche, oder gegen sie Stimme werde ausgeschlossen. Dann wird die Sitzung geschlossen. Jeder Kommentar zu einer solchen Behandlung und Form der Frage ist überflüssig.

Ferner wird als erster Genosse Deubler ausgeschlossen. Das Begründung wurde vom Gen. Neurath dreimal modifiziert. Zuerst lautete die Begründung, wegen seiner Erklärungen am Parteitag, da diese keinen stichhaltigen Grund zum Ausschluss enthielten hiess es wegen fortgesetzten Fraktionierens, was mit ebensolch triftigen Gründen belegt wird, das entscheidende Argument jedoch ist, dass Genosse Neurath feststellt dass eine Diskussion darüber weiter nicht nötig sei, dass er die Verantwortung übernehme und der Komintern den Ausschluss zur Bestätigung oder zur Verwerfung vorlege. Gen. Deubler hat keinen Anlass zum Anschluss gegeben. Wenn jedoch das was er ist Anschlussgrund ist, werden hundert andere Funktionäre der Partei und Jugend sich derselben Schuld anklagen und mit derselben Pflicht ihren Ausschluss verlangen. Die Gen. Tober und Forst, deren Forderungen aber schon bewiesen sind sind vorläufig noch immer in der Partei. Aber in diesen Fällen vielleicht auch die Parität herstellen zu wollen wäre ungenügend. Genosse Deubler ist für die Partei über 6 Monate in Haft gewesen, seit dieser Zeit ist er arbeitslos mit Frau und Kindern leidet er furchtbar an materiellen Nöten, hat trotz dieser Lage die Oberösterreichische Partei ohne einen einzigen Anschluss der ehem. Vorannahänger hinter sich gebracht hat, die X Partei von 200 Mitgliedern wieder auf etwa über 600 Mitglieder zur selben Zeit so Niederösterreich 2000 Mitglieder verlor, auf dem Parteitag erklärt er, dass er die Entscheidung über die Rechtmässigkeit seiner Wahl der Komintern überlasse, er relativiert seine Faltung in der Wahlfrage derart dass die Parteimehrheit 80 gegen 18 Stimmen für ihn entscheidet (bei Stimmenthaltungen) und nun schliesst ihn Genosse Neurath aus. Genossen!

Ich kann im Namen der Parteimehrheit sprechen und im Namen der Wiener Organisation die den Gen. Deubler noch als Reichssekretär kennt, dessen Beschluss nicht anzuerkennen. Die Oberösterreichische Organisation wurde schon derartig vom alten P.V. hergenommen, dass eine X neue Kraftprobe nicht um der Person, sondern um des Prinzipialen nicht mehr aushalten könnte.

Gen. Max und Neurath u. d. Kominternvertreter haben jedoch nunmehr nichts unternommen um die Entfernung des Gen. Tomann aus Wien zu veranlassen, angeblich weil kein Geld dafür da sei, was wir glauben wollen denn Tomann verursacht der Komintern wirklich viel Ausgaben und hätte d. ebenso wie Gen. Frey in Deutschland eine Funktion ausfüllen können. Es wäre nichts einzuwenden gegen einen Urlaub den er im Auftrags seiner Organisation verbringen könnte, aber sein Gebaren kommt der Desertion vor der Arbeit in Deutschland und Tschechien gleich und wenn ihn die Parteien dort nicht benötigen oder brauchen können, warum unbedingt die KPÖ. Sie hat auf fähigere Führer verzichtet, sie kann auch auf Demagogen und Leute verzichten die ihre politische Existenz ihrer Schlüpfzigkeit und unbewiesenen Tatsachen zu verdanken haben.

Das Entscheidendste ist aber eine nunmehr vorbereitete organisatorische Massnahme die geeignet ist die Partei in ein unbeherrschbares Chaos zu stürzen und in tausend Fetzen zu zerfetzen. Man will die Durchführung der Umorganisation der Partei zur Grundlage der Betriebszellen binnen 8 Wochen durchgeführt von einem Direktorium das nicht das geringste Vertrauen genießt. Und zu welchem Zweck? Zur Vorbereitung eines neuen Parteitages. Will man mechanisch das Kräfteverhältnis verschoben? Darf man Statutenkränker in der Zeit grösser Legalität unbeachtet lassen, sich über sie hinwegsetzen. In welcher Partei dürfte dies geschehen?

Ein solches Vorgehen, unter Umgehung der Instanzen der Partei, eine derartige Überanstrengung, einseitige, hinterlistige Organisation, eine Organisation nicht zum Zweck sondern als Mittel bedeutet eine Diskreditierung des Gedankens überhaupt. Die Mehrheit steht unbedingt auf dem Standpunkt der Umorganisation. Sie hat diesen Standpunkt niedergelegt in den organisatorischen Thesen. Aber sie verzehrt sich dagegen - sie hat es schon am Parteitag getan - und die Stimmung der Konferenzen wird ihr Recht geben, für Oesterreich eine kürzere Zeit zu bemessen wie für Deutschland, ohne reifliche Diskussion an die Durchführung zu gehen und ohne vorher auf einer förmlichen Instanz darüber gesprochen zu haben. Als die Statutenänderung, die von der Komintern angenommen wurde, vorgenommen wurde, musste sie vorgenommen werden auf dem Parteitag der auf Grund des alten Statutes einberufen war. Eine mechanische Majorisierung ist unmöglich. Diejenigen die sich dieses Ziel gesetzt haben würden sehr enttäuscht werden. Denn ebenso wie die linken Organisationen jetzt billigerweise die Majorität haben und starke Reaktionsorganisation wie I.R. hinter der Majorität stehen, ebenso würde ein richtiges gutes Umbau an dem Kräfteverhältnis nichts ändern. Aber wenn es sein könnte, es wäre dennoch unbillig, die alte Mehrheit auf dieser Grundlage zwei Jahre hindurch wirtschaften zu lassen und wenn sie auf die erste Plattform in die Minderheit gedrängt wird ihr eine neue Injektion zu geben. Das Direktorium wird in der Mitgliedschaft ohne bedeutende ~~xxx~~ ~~xxxx~~ ~~xxxx~~ auf entscheidenden Widerstand stoßen.

Aber das Verhalten des Genossen Herath zu dieser Frage muss zu bedenken geben. Er ist für diese übereilte Durchführung eingetreten, denn die Komintern verlangt die sofortige Durchführung im Handschreiben. Er ~~wundert~~ ~~sich~~ dass die Genossen damit einverstanden sind. Dies ist entschieden unrichtig und entspricht nicht den ~~xxxx~~ Direktiven der Komintern die verlangt, dass die Parteien in die sofortige Diskussion eintreten. Grundsätzlich sind keine Differenzen, Differenzen sind lediglich in dem Tempo und dem Zeitpunkt. Be-  
 züglich ist, dass die Direktorium resp. die betr. Kommission an den Aufbau der Zentralzellen arbeiten will ohne einen organisatorischen Rahmen zu bilden und zu geben. Bei dem desolaten Zustand der Partei an eine Organisation zu gehen ohne eine präzise Form klar und eindeutig festzulegen, sondern nur festhalten "über die tiefe Tenkte" noch zu beraten sein wird kann nur in einer unorganisierten "Irwarren" Man denke nur, ob der gewesene PV es hätte wagen dürfen, solche Akrobatenkunststücke aufzuführen?

### 5. Vorschläge über die nächsten Notwendigkeiten.

Nach Rücksprache mit einzelnen Genossen aus den Kreisen ~~und~~ schlagen wir als die notwendigen nächsten Massnahmen vor:

1. die Abberufung des Genossen Neureiter als Vertreter der Komintern
2. die Absetzung des Direktoriums, das die statutarischen Bestimmungen nicht einhält und, das Arbeitsverhältnis nicht aufrechterhält; wenn schon ein Direktorium bestehen soll, denn mit einer geringen Anzahl die wenigstens die Arbeitsfähigkeit sichert; mindestens aber die Einsetzung des am Parteitag gewählten Parteivorstandes mit, wobei es solange dieser an der Teilnahme verhindert ist an seiner Stelle der im en bloc Vorschlag gewählte Schönfelder. Es besteht nicht der geringste Anlass diesen rechtmässig gewählten Parteivorstand seiner Rechte zu entziehen.

3. besserer finanzieller Parteitag zu nächster unter folgenden Garantien garantierter Vorbereitung: a) paritätische Besetzung des Parteivorstandes, ohne aus demselben eine grössere finanzielle Belastung der Partei zu entstehen. Insbesondere Reichssekretariat für Organisation, Landessekretariate der Tarin-Länder Sekretariat und Redaktion. b) strengste Einhaltung des Statutes bei der Vorbereitung des Parteitages.

4. Die Umstellung auf die betriebszellenorganisation nach Veröffentlichung der Thesen aus dem Bundeskongress der Komintern in der F. und nach reiflicher Überlegung in den Organisationen und in der Presse, genaue Statutenänderung und präzise Klärung der ~~...~~ mit einschliessen.

9.

und die Durchführung der Umorganisation von einem vom <sup>Vertrauen</sup> der grossen Mehrheit der Partei getragenen Parteivorstand in die Wege zu leiten.

Im Anhang legen wir die Resolutionen des Parteiges bei. Wir ersuchen das EK der Komintern nach reiflicher Prüfung dieser Tatsachen unsere Vorschläge zu akzeptieren, es nicht zuzulassen dass in der Organisation neuerlich mutwillig Differenzen aufgerissen werden die unter Berufung auf die Internationale sanktioniert werden und der ohnehin kranke Körper der Partei auf das schwerste erschüttert zu werden droht, lediglich deswegen, weil eine in die Minorität gedrängte Richtung äusserste Mittel in Anwendung bringen will die die Majorität immer und auch auf dem Parteitag anzuwenden unterliess, obzwar sie die Macht dazu hätte.

Wir erwarten mit Zuversicht die Entscheidungen der Komintern

Mit kommunistischem Gruss

Goussier XII.

**SEKRETARIAT  
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHÖSTERREICHS**

TELEPHON 11.186.

WIEN VIII., ALSERSTRASSE 69.

TELEPHON 11.186.

Wien, 19. März 1924.

An die Genossen

T o m a n n Karl und F r e y Josef

Wien.

Wir teilen Euch hiermit den in der Sitzung des Politbüros vom Montag den 17. d. M. einstimmig gefassten Beschlüsse mit:

Die beiden Genossen Tomann und Frey haben sofort nach Moskau abzureisen. Bis zur Regelung dieser Angelegenheit durch das EKKI, haben sich beide Genossen vollständig von jeder Partiarbeit als auch ~~von~~ von jedem Verkehr mit den Parteigenossen fernzuhalten. Jedes gegenwärtige Verhalten der beiden Genossen wird als Disziplinbruch aufgefasst und behandelt.

Die entgeltliche Entscheidung geht den Genossen schriftlich zu.

Für das Politbüro:



Wien am 7. Mai 1924

Oesterreich

An das Ek der K.I.

Werte Genossen !

Wir tragen heute die Stellungnahme des früheren politischen Büros, des Vertreters des Gewerkschaftsrates und der Gewerkschafts-  
abteilung der KPOe Ketzlik und unsere Stellungnahme zur Betriebs-  
zellenfrage nach.

Die Stellungnahme zur Frage der Betriebszellen.

I. Voraussetzungen, Versäumnisse, Zielsetzung

Der vergangene Parteivorstand und das Direktorium unter der Leitung des Genossen Neurath haben es versäumt die Frage der Betriebszellen in der Frage rechtzeitig aufzuwerfen und zu diskutieren. Bis jetzt ist von einer eingehenden geistigen Vorbereitung und Einstellung der Parteiöffentlichkeit in Presse und den Organisationen nichts konkretes und eingehendes geschehen. Es ist daher falsch, die Versäumnisse der Leitung in der geistigen Vorbereitung der Mitgliedschaft dadurch gut machen zu wollen dass man mit einem Schlage an die Organisation schreitet.

Die Leitung hat es auch unterlassen die politische Arbeit mit der gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben zu koordinieren, es besteht keine einzige gut arbeitende Betriebsfraktion, selbst in Warchalowski nicht. Es erwies sich, dass die bisherige Leitung nicht imstande war die dem gegenwärtigen Statut entsprechenden Betriebsfraktionen auszubauen. Die Unfähigkeit der lebendigen politischen Arbeit kann nicht durch die Illusion ersetzt werden, dass die Organisationsform allein, die Rettung der Partei ist.

In den Rundschreiben und Rededispositionen, die eine öde Wiederholung der internationalen Thesen und eine bloße Geste sind, haben das für die österreichische Partei aus der Umstellung der Organisation sich ergebende Ziel nicht klar und eindeutig herausgearbeitet. Das für Oesterreich bedeutsame an der Umstellung ist etwa folgendes :

1/ Es muss mit aller Klarheit herausgearbeitet werden, dass gerade mit der organisatorischen Umstellung allein die Partei nicht gerettet ist. Diese Illusion würde den Gedanken der Betriebszellen ebenso diskreditieren, wie die Taktik der Einheitsfront nach der falschen Anwendung / selbst die Wahltaktik nicht eingerechnet / diesen Gedanken selbst bei den eigenen Parteigenossen diskreditiert hat. Bei den desolaten Zuständen in der Partei kann die Enttäuschung über die neue Organisationsform zu einer Negierung der Bedeutung einer bestimmten Organisationsform / spezifischer / der kommunistische Partei überhaupt führen. - Dies ist nicht geschehen, es wurde vielmehr die Umstellung als ein Allheilmittel betrachtet, ferner wurde als demagogischer Zweck der Umstellung die Ainerufung eines arbeitsfähigen Parteitagcs angegeben, was kein sachlicher Zweck sein konnte sondern eine Ablenkung von der Sache und der Bedeutung überhaupt bedeutet. Andererseits wird nicht imgeringsten das Kräfteverhältnis verschoben, was umso eher eine Enttäuschung bringen könnte.

2/ Die Bedeutung der Umstellung liegt für die Organisationen in der Veränderung ihres Gesichtskreises, von der Arbeit nach innen zur Arbeit nach aussen, weil das Bestreben zur Gründung der Betriebszellen zur besseren Auswahl, vorzugsweisen Berücksichtigung der Betriebsarbeiter und Vertrauensmänner ~~xxxxxx~~ führt und organisch die industriell und sozialogisch minder wichtigen Schichten im Prozess

der Arbeit in den Hintergrund stellt. Da die Partei keine grösseren Betriebsfraktionen mehr hat - mit Ausnahme weniger - so liegt die Bedeutung jetzt nicht in der Hebung der momentanen Schlagkraft, sondern in der Veränderung der Tätigkeit der einzelnen Organisationen nämlich die Konzentrierung ihrer Arbeit auf die Heranziehung von Vertrauensleuten in den Betrieben, die Erhebung der Aufgaben in jedem einzelnen Betriebe zur zentralen Sorge der Lokalorganisation. Das Hauptgewicht der Arbeit wird also nicht bloß auf die Erfassung der vorhandenen Betriebsgruppen, sondern in Anbetracht der Schwäche auf die Bildung neuer sein, somit die Beschäftigung mit den vereinzelt zu hunderten in Grossbetrieben verstreuten auf sich selbst angezogenen Vertrauensmännern sein.

3/ Die organisatorische Umstellung wird die Leitung durch die ~~XXXXXXXXXXXX~~ unwillige Kontrolle die die Vertrauensleute durch ihre Verpflichtung die Parolen der Partei in den Betrieben zu vertreten, an ihr ausüben, zu einer konkreteren, die Stimmung der Masse berücksichtigenden Politik führen, ohne die ein Aufbau der Betriebszellen nicht denkbar ist.

## II. Die Differenzen

- - - - -

1/ Im Zweck, Ziel und der Tendenz. Die Tomannfraktion versucht aus begrifflichen Gründen, alle Fehler der eigenen Politik und Gewerkschaftstaktik auf die bisherige Organisationsform zurückzuführen, verspricht sich die Wiederherstellung der Schlagkraft der Partei im Augenblick der Umstellung und verfolgt ein fraktionelles Ziel, das überdies zwecklos ist: den Parteitag.

2/ Syndikalistische Tendenzen. Es ist praktisch schon in Durchführung begriffen ohne dass darüber hätte diskutiert werden können dass die Bauarbeiter und die Lederarbeiter, als Berufsgruppen parallel mit ihrer nicht Betriebsweisen, sondern lokalen Gewerkschaftsgruppe auch "Betriebszellen" sie sagen es sogar mit richtigem Namen, - Branchenzellen errichten, und berufen sich dabei auf die internationalen Thesen. Die Grundlage muss sein der Betrieb, die Arbeitsstätte, nicht die Branche und irgend ein zufälliger Zusammenkunftsort. Kommentar überflüssig.

3/ Hierzu gehört auch die Bestrebung einer dualistischen Organisationsform. Die Schaffung eines eigenen Gewerkschaftsausschusses resp. Obmannes in den Betriebszellen, die ~~XXXXXXXXXXXX~~ Zerlegung der Arbeit in politische und gewerkschaftliche, nebeneinander. Ketzlik sagte im Gewerkschaftsrat, "die Gewerkschaftsfraktion werde sich nicht immer im Betrieb mit der Zelle decken" und in Vertrauensmännerkonferenzen sprach er ausdrücklich von der Schaffung von parallel laufender gewerkschaftlicher Körper in der Zelle.

## III. Sofortige Aufnahme der Betriebszellenarbeit

Das Schwergewicht ist gegenwärtig vor allem auf die zu leistende Arbeit zu verlegen, um die Parteigenossen vor der Illusion zu bewahren die organisatorische Umstellung allein schaffe schon die Veränderung. Hierzu wären nötig:

1/ Einberufung einer wiener statutarisch ordnungsgemäss einberufenen Vertrauensmännerkonferenz/ deren überwiegender Teil Betriebsvertrauensmänner sind / auf der über die Betriebszellenarbeit gesprochen wird.

2/ Einberufung lokaler Betriebsvertrauensmännerkonferenzen aller im Bezirk arbeitender Vertrauensleute

3/ Ausbau der Betriebsfraktionen, Koordinierung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben, Versammlungskampagne, Verlegung der politischen Aktionen in die Betriebe.

## Unsere Stellungnahme zur Betriebszellenfrage

### I. Die Versäumnisse des alten Parteivorstandes

1. Er führt ein Jahr lang die Beschlüsse der Komintern nicht durch. Die Beschlüsse zur Betriebszellenfrage wurden schon am letzten Weltkongress gefasst. Der p. Parteivorst. hatte ein ganzes Jahr, Neurath mehr als ein Viertel Jahr Zeit, diese Frage in der parteiaufzuwerfen, richtig zu stellen u. zu diskutieren. Der Vorwurf der Komintern, dass die Frage in den meisten Parteien nicht diskutiert wurde trifft daher den alten Parteivorstand. Um ihre Unterlassung zu verdecken will die Leitung nun momentan, ohne Diskussion, ohne Plan, ohne Statutenentwurf an eine wilde Organisation schreiten, womit sie einen noch grösseren Fehler begeht.

2. Er unterlässt es, die Pflichten des gegenwärtigen Parteistatutes (Prav) durchzuführen, er hat den Ausbau der Betriebsfraktionen unterlassen. Keine Versammlungs-, keine politische, ja nicht einmal eine richtige gewerkschaftliche Arbeit wurde zum Ausbau der Betriebsfraktionen in den Betrieben unternommen. Seit der Genfer Aktion fand keine einzige Kampagne in den Betrieben mehr statt. Ihre Unfähigkeit will die Leitung nun dadurch bemängeln, dass sie alle Schuld auf das Statut abwälzen will, das sie nicht eingehalten hat.

3. Das Direktorium unterschlägt eine Kominternresolution, offenbar mit Absicht. Das Direktorium hat nur eine Resolution abgedruckt die zweite über die "Durchführung der Betriebszellen" wurde mit Absicht unterschlagen, denn diese enthält den für Oesterreich bedeutsamen Passus, dass auf die Verhältnisse der einzelnen Länder Rücksicht genommen werden muss und dass reichlich diskutiert werden muss. (Die deutsche K.P. hat fast ein halbes Jahr diskutiert, der österreichische Partei will das Direktorium nicht einmal einige Wochen lassen)

### II. Die besondere Bedeutung für Oesterreich.

1. Keine Illusionen! Nicht die Organisationsform, sondern die Arbeit im Geiste dieser Organisationsform ist das wichtigste! Im Moment der Umstellung ändert sich die Schlagkraft unserer Partei noch nicht. Damit ist sie auch noch nicht gerettet. Nicht die Einkassierung ist das wichtigste. Was sich ändert ist der Gesichtskreis, der Aufgabenkreis, die Richtung unserer Arbeit. Wenn die Partei keine positive, aktive Politik machen wird, werden die Betriebszellen nicht zustandekommen.

#### 2. Worin liegt die Bedeutung für die Organe der Partei?

In der Veränderung der Richtung der Arbeit. Die Lokalorganisation kehrt ihre Arbeit nun von innen nach aussen, nicht wie bisher von aussen nach innen. D.h. der Lokalausschuss fragt sich nicht bloß: wie ziehe ich die Genossen zur lokalen Arbeit heran, sondern: wie mache ich aus dem einfachen Genossen einen Agitator im Betrieb. Im Laufe der Arbeit erfolgt eine organische Auswahl der Kräfte: die in der Industrie beschäftigten Genossen treten, wegen ihrer propagandistischen Wichtigkeit in den Vordergrund, die anderen Schicht treten in den Hintergrund. Die Arbeit in den Betrieben bleibt nun nicht mehr einer Gewerkschaftsabteilung, oder den vereinzelter Genossen im Betrieb überlassen, nein, sie wird jetzt zur zentralen Sorge des gesamten Ausschusses. Die Betriebszelle ist keine gewerkschaftliche Arbeit, sie ist die Grundlage der Partei, sie unter-

### 3. Was sich für die Parteileitung ändert und aufhört.

Die Parteileitung wird gezwungen werden zu einer konkreteren, umsichtigeren, die Stimmung der Arbeiter besser berücksichtigenderen Politik. Ein neuer Geist, grösseres Verantwortlichkeitsgefühl, schärfere Kritik wird einziehen. Der einzelne Genosse wird schärfere Kritik an den falschen Losungen und Parolen üben, die ihn im Betrieb ins Unheil reissen würden. (Die Umstellung auf die Betriebszellen wendet sich eigentlich gegen die oberflächliche, unbrauchbare, haltlose Politisiererei des alten Parteivorstandes. )

### III. Die Differenzen

1. Im Zweck Ziel und der Tendenz. Für die Tomannfraktion ist der "Zweck" der Umorganisation, die Vorbereitung eines für sie günstigen Parteitages, ihr Ziel ist einen unkontrollierbaren Schwindel mit sagenhaften Betriebszellenmitgliedern zu machen, in ihrer Tendenz liegt es schliesslich die Betriebszellen als eine gewerkschaftliche Arbeit und Aufgabe aufzufassen.

Die Umorganisation wird die Kräfteverhältnisse nicht verschoben, ja in manchen Bezirken wird unsere Position sogar noch gestärkt. Aber eine wilde Organisation öffnet jedem Schwindel Tür und Tor. Wir befürchten das Chaos und falsche Illusionen.

Der Zweck muss ein sachlicher sein: Verbreiterung und Vertiefung der Parteorganisation, das Ziel: die Schulung und Erfassung aller Betriebsvertrauensleute und aller Zellen.

2. Syndicalistische Tendenzen. Die Tomannfraktion gründet sog. "Branchenzellen" und belügt die Mitglieder, dass dies in den internationalen Thesen gefordert werde. Branchenzellen sind unstatthaft, prinzipiell falsch. Die Betriebszellen müssen aufgebaut werden, wo die Arbeiter am meisten und längsten zusammen sind (6 Tage zu je 8 Stunden in der Woche), zu allen Zeiten (auch während des Terrors ( im Betrieb, denn der Kapitalist muss sie arbeiten lassen, wenn er verdienen will). Die "Branchenzellen" und Berufszellen entwickeln den gefährlichen Berufssyndicalismus, sie müssen einen eigenen Vorständigungsapparat, Kassierapparat haben, haben keine gute Grundlage, denn die Mitglieder kommen einmal im Monat bei gutem Wetter und schönen Wetter zusammen, zur Zeit der Illegalität überhaupt nicht. Das bedeutet die Züchtung des Berufssyndicalismus die Zersplitterung der Hauszellen und die Schaffung eines Fremdkörpers in der Organisation.

3. Nicht die zentralistische, sondern die dualistische (zweiköpfige) Organisationsform wollen die Tomanniten. Ketzlik will die Schaffung eines besonderen gewerkschaftlichen Apparates, ev. Ausschusses neben dem politischen in der Zelle. Das bedeutet die Teilung der Zelle in zwei Teile, also Nebeneinander- und Gegeneinanderarbeit. Das ist ein prinzipieller Unterschied und verstösst gegen die Grundsätze der komm. Organisationsform. Mit aller Schärfe ist zu unterstreichen: es darf nur ein Körper, ein Ausschuss, ein Obmann sein, die Leitung kann ihre Arbeit teilen, aber unter Wahrung vollständiger Einheit.

#### IV. Sofortige Aufnahme der Betriebszellenarbeit

Das Schwergewicht ist gegenwärtig auf die zu leistende Arbeit im Geiste der neuen Organisationsform zu verlegen, um die Parteigenossen vor der Illusion zu bewahren, die organisatorische Umstellung allein schaffe schon alles. Dazu:

1. Einberufung einer Wiener statutarisch ordnungsgemässen Vertrauensmännerkonferenz (deren überwiegender Teil Betriebsvertrauensmänner sind) auf der über die Betriebszellenarbeit gesprochen wird
2. Einberufung lokaler Betriebsvertrauensmännerkonferenzen der im Bezirk arbeitenden Vertrauensleute (der Kommunist, auch als Einzelner im Betrieb)
3. Ausbau der Betriebsfraktionen, Koordinierung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeit in den Betrieben, Versammlungskampagne. Verlegung der politischen Aktionen in die Betriebe.
4. Mitgliederversammlungen der Lokalorganisationen mit den in den jetzigen Betriebsfraktionen organisierten Genossen zur Einstellung auf die Umstellung. Bezirksversammlungen mit politischer oder gewerkschaftlicher Tagesordnung.

#### V. Die Umstellung auf die Betriebszellenorganisation

Zu diesem Zwecke wird folgendes unternommen

1. Sofortige Veröffentlichung der zweiten Resolution des EK der Komintern über die "Durchführung der Betriebszellen" die bisher unterschlagen wurde, weil sie die Rücksichtnahme auf die spezielle Lage der einzelnen Länder und ausreichende Diskussion fordert. Sofortige Aufnahme der Diskussion in der Presse und in den Lokalorganisationen, die noch nicht zu Ende geführt wurde.
2. Ausarbeitung eines genauen Statutenentwurfes oder eines provisorischen Planes als Ergänzung zum Statut.
3. Umstellung der ganzen Partei innerhalb einer bestimmten Frist nur durch Beschluss auf einem Parteitag, Unterbreitung des Statutenentwurfes an die Komintern.
4. Auflösung der wild organisierten Branchenzellen und Berufszellen bei den Schuhmachern und Bauarbeitern, Einreihung der Hausarbeiter und Lederarbeiter in die Strassenzellen. Grössere Bauten und grössere mechanische Schabtriebe errichten eigene Betriebszellen (Die Bauten auch nur im Falle sehr langer Dauer)
5. Scharfe Zurückweisung der syndicalistischen Tendenzen
6. Einkassierung nach dem Parteitag.

#### VI. Arbeiten für unsere Richtung

Da die Tomannrichtung daran gegangen ist die Einkassierung in den Betrieben bereits vorzunehmen und die wilde Organisierung begonnen hat um die Freyrichtung durch Schwindel und Uebervorteilung zu majorisieren, gehen wir daran ebenfalls in unseren Betrieben die Einkassierung vorzunehmen. Dadurch fällt alle Schuld für die Folgen einer chaotischen "Organisierung" auf die Tomannrichtung, auf den P.V. und Kominternvertreter. Konflikte sind vorauszusehen in folgenden Fragen 1. werden die Betriebszellen eigene Delegierte auf den Parteitag schicken (sie dürfen es nicht!), wer hat in der Lokalorganisation Stimmrecht, dürfen die Branchenzellen bestehen? Darf das Gewerkschaftssekretariat die Betriebszellen missbrauchen und den Zentralismus zertrümmern? Wen unterstehen die Betriebszellen? Wer wird die Betriebszellen, den Mitgliederstand kontrollieren?

Wir haben einen klaren Standpunkt vertreten, aber wenn die Tomannrichtung uns Uebervorteilen will: sie wird enttäuscht werden.

4  
4/Mitgliederversammlungen der Lokalorganisation mit den  
in den jetzigen Betriebsfraktionen } später Betriebszellen }  
organisierten Genossen zur Einstellung auf die Umstellung. Bezirks-  
versammlungen mit politischer oder gewerkschaftlicher Tagesordnung .

#### IV. Die Umstellung auf die Betriebszellenorganisation

- - - - -

Zu diesen Zwecke wird folgendes unternommen :

1/ Sofortige Veröffentlichung der zweiten Resolution des EK  
der Komintern über die "Durchführung der Betriebszellen" die bis-  
her unterschlagen wurde, weil es die Rücksichtnahme auf die spezielle  
Lage der einzelnen Länder und die Diskussion fördert.

Sofortige Aufnahme der Diskussion in der Presse und in den  
Lokalorganisationen, die noch nicht zu Ende geführt wurde.

2/ Ausarbeitung eines genauen Statutenentwurfes oder eines  
provisorischen Planes als Ergänzung zum Statut

3/ Umstellung der ganzen Partei auf die Grundlage der Be-  
triebszellen auf Grund des Beschlusses des Parteitag, Unterbrei-  
tung des Statutenentwurfes zur Genehmigung an die Komintern

4/ Auflösung der wild organisierte "Branchenzellen und  
Berufszellen" bei den Bauarbeitern und Schuhmachern, sofort bei Er-  
öffnung der Diskussion, Einreihung der Bauarbeiter in die Strassenzell-  
en oder bei länderen Arbeiten bei den Baustellen, Gründung von  
Betriebszellen bei den mechanischen Schuhbetrieben, Kleinhandwerker  
sind in den Strassenzellen zu organisieren.

5/ Scharfe Zurückweisung der syndicalistischen Tendenzen

6/ Einkassierung nach dem Parteitag

Nachschrift :

Wie notwendig die Diskussion war, zeigt sich in dem Aufkommen  
der syndikalistischen Tendenzen, in der Gründung der Branchenzellen  
etc etc. Die Ausschaltung der Diskussion ist nicht auf Grund der uns  
unrechtmäßig zu Unrecht zur Last gelegten Verschleppung, sondern ~~xxx~~  
zu den Zwecke erfolgt, um ohne Klarstellung der Differenzen Handhabe  
für alle möglichen widersinnigen Manöver zu haben, da kein Beschluss  
dies verbietet. Dabei berufen sich diese Genossen auf die Internatio-  
nalen Beschlüsse. Im Interesse der Klarstellung ist bei den verwor-  
renen Zuständen in der Partei eine durchgreifende Diskussion eine  
entscheidende Frage. Sonst werden wir öffentlich die Verantwortung  
für die wirre, planlose, zwiespältige Organisation der Betriebszellen  
ablehnen müssen.

Mit kommunistischem Gruss

## I. Mit welcher Direktive bin ich auf den Parteitag gegangen?

X. Einhaltung der Beschlüsse der Komintern - keinen der Exponenten (Frey Tomann) in den F.V. Arbeitfähiger Parteivorstand - Aufbau der Partei! Gegen jede Korruption! Gegen die falsche Wahltaktik!

## II. Was zeigte sich auf dem Parteitag?

Schlechte Vorbereitung des Parteitages - Es stellt sich heraus, dass Delegierte auf dem Parteitag sind, die von Organisationen delegiert sind, die nicht die nötige Anzahl Mitlieder beiträge abgerechnet haben. Es wird ein Antrag gestellt, dass der Reichskassier die Abrechnungen der Länder bzw. Lokalorganisationen vorlegen soll, damit jeder Delegierte Einsicht nehmen kann, welche Mandate zurecht bestehen, rat auf Grund dieser Feststellungen kann das Präsidium an die Kommissionen gewählt werden. Die abtretende Leitung weigert sich, diesen Einblick zu gewähren, es wird dabei von einem Teil der Delegierten unterstützt. Das musste mein Misstrauen gegen diese abtretende Leitung sowie gegen jenen Teil der Delegierten erwecken, die diese selbstverständliche Einsicht verweigerten. Am meisten veränderte es mich, dass auch der internationale Vertreter sich gegen diese Klärstellung aussprach. Da dieses Misstrauen aber beständig wuchs, musste sich die Leitung schliesslich bequemen, Einsicht in die Abrechnungen zu gewähren und die Mandatsverteilung genau nach den Abrechnungen vornehmen. Ich werde es selbstverständlich finden, dass ich auf jener Seite der Delegierten stand, die diese selbstverständliche Vorbedingung für die ordentliche Abhaltung eines Parteitages forderten.

Nun kam es zur Wahl der Kommissionen. Es lag vor ein Vorschlag des abtretenden Vorschlags und 2 Vorschläge aus dem Plenum. Die Vorschläge jener Gruppe, welche die Einsicht in die Abrechnungen forderten, blieben mit 1-3 Stimmen in der Majorität. Bei der Wahl des Präsidiums war Stimmengleichheit.

## III. Der Bericht der abtretenden Parteileitung.

Der Bericht der abtretenden Parteileitung ergab eine starke Selbsteinschätzung der Partei seit dem letzten Parteitag, wie wir alle wissen. Mittelpunkt der Diskussion war die Wahlniederlage. Der abtretende Parteivorstand vertrat die Linie der Ablehnung der Einheitsfronttaktik bei der Wahl. Eine Gruppe aber sah in dieser Ablehnung eine der Hauptursachen der Wahlniederlage. Es wurde auch eine diesbezügliche Resolution eingebracht, die bis ins einzelne genau die Fehler der alten Parteivorstände klar aufzeigt. Aber von derselben Gruppe wurde auch eine Resolution eingebracht, die forderte, dass der Beschluss des letzten Parteitages bezüglich Korruption (ein Kassier, der ich weigert, seine Belege vorzuweisen, ist auszuschiessen - ein Mitglied der Partei, das droht, in der gegnerischen Presse über die Partei Entwürfe zu machen, ist ebenfalls auszuschiessen), durchgeführt wird, denn der alte F.V. hatte die beiden diesbezüglichen Genossen trotz dieses Beschlusses wieder aufgenommen. Es ergriff auch ein Mitglied der damaligen Unterabteilungskommission, Gen. Sip das Wort, um zu erklären, dass die Beschuldigungen gegen den Gen. Fober als zutreffend erkannt wurden. Dass ich dafür, ist selbstverständlich.

Obwohl es sich in der Debatte herausstellte, dass ~~die Mehrheit dieser Ansicht war~~, veränderte der internationale Vertreter, Neurath, die Abstimmung über die Resolutionen und erzwang die Verschiebung bis zum Bericht der Mandatsprüfungskommission.

## IV. Referat über die politische Lage (Neurath)

Gen. Neurath hielt ein sehr oberflächliches Referat, das nichts neues brachte. Das was er erzählte, muss jeder wissen, der die R.F. täglich liest. - In der Debatte entlockte besonders Gen. Neumann klar die Schwächung der Entente und die Stärkung Sowjetrusslands und ihre spezielle Bedeutung für die Politik in Oesterreich. Auch unsere Stellung zur Sozialdemokratie beleuchtete er in klarer Weise. Eine Resolution lag nicht vor.



## VI. Die Wahl des neuen Parteivorstandes.

Wie schon erwähnt, schlug Gen. Neurath zuerst den P.V. im Verhältnis von 8 Vertretern der Minderheit und 3 Vertretern der Mehrheit des Parteitages vor. Ihm gegenüber stellte die Mehrheit folgenden Vorschlag auf: 7 Vertreter der Mehrheit, 5 Vertreter der Minderheit, ausserdem 2 tschechische Genossen. Als Genosse Neurath mit seinem ersten Vorschlag nicht durchdrang, stellte er sich auf den Standpunkt der Parität, d.h. es dürfe der Parteivorstand keine Mehrheit und Minderheit haben, sondern Mehrheit und Minderheit des Parteitages sollten im neuen P.V. einander zahlenmässig gleich sein. Ich habe schon gezeigt, dass der Versuch, dies sachlich durch Berufung auf das Sendeschreiben des K.K. zu begründen, eine Irreführung ist. Der Gedanke der Parität ist ein glatter Widersinn und steht in vollkommenem Widerspruch zu den Thesen des 3. Weltkongresses der K.I. über die Organisation der kommunistischen Parteien.

Welche Aufgaben hat der Parteivorstand? Die Partei zu führen! Ist eine Führung der Partei möglich, wenn sich die Kräfte in ihm das Gleichgewicht halten. Es ist selbstverständlich, dass der Parteivorstand, wenn es nicht absolute Einhelligkeit in der Partei gibt, so zusammengesetzt sein muss, dass die Mehrheit des Parteitages (und hinter der Mehrheit dieses Parteitages steht, wie sich aus den Abstimmungsresultaten in den Gruppen nachweisen lässt, ~~knapp~~ fast 2/3 der Mitglieder). Die Mehrheit im P.V., selbst wenn die Mehrheit noch so knapp ist, entsprechen der Mehrheit des Parteitages und die Minderheit ihrer Bedeutung entsprechend vertreten sein.

Durch seine dortwährenden, unzähligen Drohungen mit dem Vetorecht, vergewaltigte Neurath schliesslich die Mehrheit, die um nicht den Parteitags zu gefährden und bei Betonung der vollen Verantwortung des Gen. Neurath für seine Handlungsweise. So lagen schliesslich 3 Anträge vor:

1. Vorschlag **P o l z e r** (Fraktion Tomann): 5:5, und Neurath mit beschliessender Stimme als Vorsitzender und die Jugend ohne beschliessende Stimme.
2. Vorschlag **N e u r a t h**: 5:5, ausserdem ein Vertreter der Internationale, beschliessende Stimme der Jugend aber kein tschechischer Genosse.
3. Die Mehrheit des Parteitages machte durch Gen. **D o n a u e r** folgenden Vorschlag: 6 von der Mehrheit, 6 von der Minderheit, darunter möglichst viele Provinzgenossen, ausserdem 2 tschechische Genossen und beschliessende Stimme der Jugend und Vertreter der K.I., so wie in allen Ländern üblich, mit beratender Stimme und Vetorecht. Schliesslich einigte man sich auf: 5:5 (darunter je ein tschechischer Genosse und keine Bestimmung der tschech. Genossen durch ihre Gruppe selbst), ausserdem 1 Vertreter der Jugend mit beschliessender Stimme, Vertreter der Internationale nur mit beratender Stimme, aber auf keinen Fall Neurath oder der andere anwesende Vertreter Gen. **A x**, zu welcher beiden der Parteitags kein Vertrauen hatte. Obwohl die Mehrheit auf ein Mass entgegengekommen war, das erstaunlich ist, hatten die Vertreter der Internationale noch die Kühnheit zum Schluss, unter missbräuchlicher Androhung des Vetos ~~zu~~, die Wahl des Gen. **Deabler** verhindern zu wollen. (Das gelang freilich nicht, im Gegenteil, in 3-maliger Abstimmung wurde Gen. **Deabler**, immer wieder gewählt u.z. mit wachsender Majorität!)

Der übrige Vorschlag wurde dann einstimmig, aber nur mit 20 Stimmen, bei 13 Stimmenthaltungen, der der Tomannrichtung angehörenden Genossen. Dadurch haben diese Genossen bewiesen, wie ernst ihre Behauptung zu nehmen ist, dass hinter den ~~Vertrauens~~ Kommintern stehen und für die Vorschläge ihres Vertreters einzutreten bereit seien.

## VII. Warum der Parteitags schliesslich von Neurath aufgelöst wurde

Mit allen Machtmittel hatz Neurath immer wieder verhindert, die Abstimmung über den Bericht der Mandatsprüfungskommission verhindert und vor allem die Abstimmung über ~~Gen. Ax~~ die beiden Resolutionen zu Bericht, in besondere über die politische. Er wusste, dass sie totsicher angenommen würden, da die Mehrheit des Parteitages fest dahinterstand. In der politischen Resolution steht aber folgender Absatz:

„Die Vertreter der Internationale haben während der ganzen Zeit die Gesundheit der Partei nicht gefördert; sie haben es verabsäumt, sich allseitig zu informieren und haben durch ihre schwankende, inkonsequente Haltung den Gesundungsprozess gehemmt; sie tragen schwere Schuld daran, dass die Partei auf diesen Tiefstand gesunken ist; sie haben durch ihr Verhalten das Ansehen und die Interessen der Komm. Internationale in der österr. Arbeiterschaft und in der K.P.G. geschädigt.“

Die Annahme dieses Resolutionsabsatzes durch den Parteitag hätte von vornherein jeder Berichterstattung Neuraths an die K.I. die Kraft genommen. Die K.I. hätte gesehen, dass Neurath das Vertrauen der Mehrheit nicht hat und hätte dann sein Verhalten und seinen Bericht gründlicher unter die Lupe genommen.

Und um eben das zu verhindern, darum lauerte Neurath die ganze Zeit auf irgend einen Zwischenfall und als 2 Genossen in Streit gerieten, löste er kurzerhand den Parteitag auf, um eine Abstimmung über die Resolution zu verhindern. So schützte er sich und dadurch, dass die Abstimmung über die Misstrauensresolution gegen den alten Parteivorstand, der die Partei dem Untergang nahegebracht hatte, von ihm verhindert wurde, bewies er klar, dass er selbst auf Seiten des alten Parteivorstandes - jenes Parteivorstandes, der die Partei an den Abgrund führte - steht. Neurath suchte das damit zu verdecken, dass er die Mehrheit der fraktionellen Tätigkeit verdächtigte. Im Gegensatz zur Minderheit, deren einzelne Delegierte (z.B. X. Bezirk) beauftragt waren, für die Wahl Tommas einzutreten, hielten die Genossen der Mehrheit an dem objektiven Standpunkt an, ausgesetzt fest, dass Exponenten, auch Frey nicht, in den P.V. gewählt werden dürfen. Damit ist klar bewiesen, dass die Mehrheit objektiv war, die Minderheit aber fraktionell und indem sich Neurath auf ihre Seite stellte, enthüllte er sich klar als Fraktionist.

#### VIII.

So ist der Parteitag alles andere als befriedigend verlaufen. Unsere Pflicht ist es nun, mit allen Kräften anzuspinnen, um durch positive Arbeit die Partei aufwärts zu führen. Jedes Mitglied aber muss die Vorgänge auf diesem Parteitag unvoreingenommen überdenken, sich ein selbständiges Urteil bilden und mit dafür Sorge tragen, dass sich derartige nie mehr wiederholt.

An alle Lokalorganisationen der Kommunistischen Partei Oesterreichs.  
-----

Genossen und Genossinnen!

Die provisorische Parteileitung hatte sich bis zum Parteitag bemüht, im Sinne der Liquidierung der Fraktionskämpfe zu wirken. Tatsächlich ist es ihr auch gelungen, eine Menge sachlicher Arbeit in Angriff zu nehmen und mit einigem Erfolge abzuschliessen!

Dem Parteitag lag ein Begrüssungsschreiben der Exekutive der Komintern vor, in dem in Bezug auf die Aufgaben der Partei und die Liquidierung der Fraktionskämpfe folgendes gesagt wurde:

"Grosse und zahlreiche Aufgaben stehen heute vor der Kommunistischen Partei Oesterreichs, und mit Recht kann man daher diesen Parteitag als einen Wendepunkt in der Entwicklung Eurer Partei ansprechen. Die Exekutive spricht die feste Erwartung aus, dass die Partei diese Aufgaben lösen wird. Die Bedingung dafür ist aber, dass die überwundenen und die Partei tief schädigenden Fraktionskämpfe aus den Reihen Eurer Partei auf das nachdrücklichste verbannt bleiben, und dass Ihr die vollständige Einheit und Geschlossenheit der Partei über alles stellt."

Leider wurde diese Forderung der Internationale nicht eingehalten und es ist den Bemühungen der Komintern Vertreter nicht gelungen, auf diesem Parteitag eine zweckmässige Verständigung beider Fraktionen durchzusetzen. Schliesslich einigte man sich doch auf Grundlage der Parität, und die auf dem Parteitag angenommene Liste des neuen Parteiverstandes wurde mit 22 von 36 Stimmen gewählt. 12 oder 14 Genossen enthielten sich der Abstimmung.

Es war aber sofort allen Parteimitgliedern klar, dass das Zentralkomitee in dieser fraktionellen Zusammensetzung nicht arbeitsfähig sei. Die Vertreter der Komintern haben daher in einer Besprechung mit den Mitgliedern des auf dem Parteitag gewählten Z.K. sowie mit der früheren provisorischen Parteileitung folgendes beschlossen:

1. Das auf dem Parteitag gewählte Z.K. hat provisorischen Charakter bis zur endgültigen Entscheidung durch die K.I.

2. Bis zur endgültigen Entscheidung wird das politische Büro zugleich als geschäftsführender Ausschuss die Leitung und Führung der Partei übernehmen. Dieser Ausschuss besteht aus den Genossen: Dolezal, Fiala, Grünanna, Schroth. an der Spitze dieses Büros befindet sich ein Komintern Vertreter. Dieses politische Büro führt die Parteigeschäfte auf allen Gebieten ihrer Tätigkeit. Es wird neben den wichtigsten, politischen und wirtschaftlichen Aufgaben sofort die Aktion in der Presse, die Frage der Mitgliederwerbung fortsetzen, die Vorbereitungen zu den Gemeinderatswahlen, die bessere Ausgestaltung der "Roten Fahne" und die Neugestaltung der Partei auf Grundlage der Betriebszellen vornehmen.

Vor allem aber hat der geschäftsführende Ausschuss darauf zu sehen, dass die letzten Reste fraktioneller Kämpfe mit aller Rücksichtslosigkeit vernichtet werden. Wenn bis zum Parteitag alle Versuche gemacht wurden, eine Verständigung auf gutlichem Wege herbeizuführen, so kann jetzt nach der Tagung des Parteikongresses den Fraktionen gegenüber keine Rücksicht mehr geübt werden. Wer immer sich fraktioneller Betätigung schuldig macht, wird augenblicklich aus der Partei ausgeschlossen. Die Parteileitung wird nicht davor zurückscheuen, jeden Genossen, der weiterhin fraktionell tätig ist, ganz gleichgültig welchen Namen er trägt, und was er in der Partei geleistet hat, aus der Partei auszuschliessen. Es wird keinen Augenblick länger geduldet, dass die Partei infolge der fraktionellen Kämpfe weiter zersetzt, und davon abgehalten wird, nützliche Arbeit im Interesse des Proletariats zu verrichten. Die Parteileitung rechnet damit, dass sie in diesem Bestreben die Partei von allen schädlichen Elementen zu reinigen, die vollkommene Unterstützung aller Mitglieder finden wird. Und ein schädliches Mitglied der Partei ist derjenige, der auch nur einen Augenblick an die Fortsetzung der früheren Fraktionskämpfe denkt, oder nichts dazu bei-

trägt, um solche Kämpfe, wo sie sich zeigen mögen, zu unterdrücken.

In Ausführung dieser, ihm von den Vertretern der Komintern erteilten Aufgaben hat der geschäftsführende Ausschuss in seiner ersten Sitzung den Gen. Doubler infolge seiner fortgesetzten fraktionellen Tätigkeit aus der Partei ausgeschlossen, und eine Untersuchung über die Angelegenheit der fraktionellen Betätigung des Gen. Tobler eingeleitet.

Der geschäftsführende Ausschuss wird weiterhin auf seinem Grundsätze beharren, dass von nun an auf allen Gebieten der wirtschaftlichen, politischen, organisatorischen und journalistischen Tätigkeit der Partei eifrigst und aktiv gearbeitet werden muss. Alle Ausschüsse und alle Arbeitsgruppen, alle Personalfragen werden nunmehr sowohl vom geschäftsführenden Ausschuss als von den Lokalorganisationen nur mehr nach sachlichen und qualitativen Grundsätzen geregelt werden. Der Fraktionskampf muss entschieden für immer aus den Reihen der kommunistischen Partei Osterreichs verbannt bleiben!

g e z i c h n e t:

D o l z a l , F i a l a ,

G r ü n a n n a , S c h r o t t a .



W i e n , a m 11. März 1921.

**A n t w o r t**  
- - - - -

- 1) Sofortige Eradigung aller Suspendierungen Ausschließungsgelegenheiten etc. Aufhebung der Suspendierungen gegen die Gen. Kramer und Warschawki. Einsetzung in alle Funktionen die sie hatten und keine Entlassung des Genossen Kramer von der Bezirkskomiteestelle, die für ihn als eine Bezeichnung vor den Genossen des eigenen Bezirkes darstellt. Die Erledigung der prinzipiellen Anträge gegen Forst und Untersuchung gegen diese und mit der Angelegenheit verknüpften Genossen  $\frac{1}{2}$  in allen weiteren Angelegenheiten, insbesondere der Verwendung von Parteigeldern.
- 2) Sofortiger Zusammentritt des Parteivorstandes auch vor der Entscheidung der Komintern nach in die er Woche, da dies nicht ausbleiben des Parteivorstandes als eine Konsequenz für den 16. Bezirk ge und gegenüber den Androhungen der Parteisplaltung anzusehen werden muss
- 3) Sofortige Durchführung der Kontrolle der Angestellten Sekretars durch eine peritistische Bestätigung der Sekretariats. Es ist die ausschließliche Nachsicht der Parteizentrale, den ganzen Apparat in den Händen der Minorität zu belassen. Eine Kontrolle ergibt sich infolge der letzten Vorfälle unbedingt erforderlich
- 3) Hochsekretariat Pilsa : Danauer  
Landessekretariat Wien Brodnig : Kramer *früher bis zu dem 1. Oktober Hermann*  
Gewerkschaftssekretariat ~~Wien~~ : Hermann Entlassung Fritzsche  
Stabsbereich Marsch : Krieh
- 4) Einberufung des Landesparteitages
- 5) Abgaltung der Betriebskassenangelegenheiten

Die Untereinstimmungen verlangen die sofortige Besprechung der ersten vier Punkte die unauflösbar sind, und die Beschlussfassung der Punkte 1 bis 4 durchzuführen der Punkte eins und drei in Polbüro.

Schuldig des Politischen Büro diese Angelegenheiten nicht, fühlen sie sich in Politischen Büro an nichts gebunden und werden solange in allen Polbüro nicht erscheinen, als der Parteivorstand nicht zusammentritt um über diese Angelegenheiten zu sprechen.

*Bestätigung des Gewerkschaftsbüros. fertig*

Der Parteivorstand begrüsst die Entscheidung der Kommintern in der österreichischen Frage, In vollkommenem Einverständnis mit der Entscheidung wird der Parteivorstand dafür sorgen, dass sie in allen Punkten unbedingt durchgeführt wird.

Mit dem heutigen Zusammentritt des vom Parteitag gewählten, von der Kommintern ausdrücklich bestätigten Parteivorstandes hat gemäss der Entscheidung der Kommintern das alte Polbüro automatisch bereits zu existieren aufgehört.

Indem die Kommintern durch ihren Beschluss den Parteivorstand verpflichtet die auf dem letzten Parteitag zwar zu Ende beratenen aber nicht mehr zur Abstimmung gelangten Fragen & (Resolution zum Tätigkeitsbericht der alten Zentrale und des alten Polbüros vorgelegt von der Delegation Floridsdorf sowie die Resolution Donnauer über die Reinigung der Partei), ferner aber auch jene Fragen, deren Beratung nicht zu Ende geführt oder nicht mehr begonnen werden konnte (Resolution des alten Polbüros über die Umstellung der Partei auf die Betriebszellen sowie die Thesen zu den organisatorischen und agitatorischen Aufgaben der Partei vorgelegt von der Delegation Meidling, die im 5. Absatz die Frage behandelt, in welchem Tempo die Umstellung auf die Betriebszellengrundlage erfolgen soll) indem also die Kommintern durch ihren Beschluss den Parteivorstand verpflichtet, alle vorgenannten Fragen gründlich vorzubereiten und sie dem kommenden Parteitag vorzulegen, indem die Kommintern den Parteivorstand weiter verpflichtet ein klar umrissenes organisatorisches und politisches Aktionsprogramm auszuarbeiten und dem Parteitag vorzulegen, hat die Kommintern entschieden:

1. dass der kommende Parteitag zu beschliessen hat über die Umstellung auf die Betriebszellen und dass mit der Umstellung ~~schon~~ nach dem Parteitag zu beginnen ist, dass also der kommende Parteitag auf Grundlage des gegenwärtig bestehenden, von der Kommintern sanktionierten Parteistatuts abgehalten werden muss.

2. dass der kommende Parteitag die Fehler der verflochtenen Tätigkeitsperiode zu besprechen hat, um die Ursachen in der Partei zu klären und die Wiederholung solcher Fehler für die Zukunft auszuschliessen.

3. dass der kommende Parteitag schliesslich Beschluss zu fassen hat über die Reinheit der Partei.

Mit ganz besonderer Freude begrüsst der Parteivorstand die im Beschluss der Kommintern niedergelegte Auffassung, dass die Differenzen innerhalb der Partei im Prozess der Arbeit, durch gemeinsame Arbeit am Aufbau der Partei liquidiert werden müssen. Dieser Grundgedanke der Komminternentscheidung wird der Leitgedanke des Parteivorstandes sein.

In diesem Sinne wendet sich der Parteivorstand an alle Mitglieder: in gemeinsamer Arbeit für den Aufbau der Partei wird die Partei die inneren Differenzen überwinden und den Weg finden zum Aufstieg.



Ergänzung zu den Richtlinien über die Gemeinderatswahlen.  
=====

Zur Frage der Taktik gegenüber den Sozialdemokraten haben die Landesleitungen genaue Kontrolle zu üben, inwieweit in den einzelnen Orten die Voraussetzungen für die Stimmabgabe für die Sozialdemokraten gegeben sind. In keinem Falle darf die Anwendung der Einheitsfronttaktik die Aktivität der Partei beeinflussen und nur der Bequemlichkeit halber angewendet werden.

Zur Bedeckungsfrage wird noch auf den Absatz: Struktur und Finanzpolitik und Kommunalisierung verwiesen, bei deren richtiger Handhabung schon zum Teil die Bedeckung für die übrigen Forderungen gegeben ist.

Materialangabe für Referenten.  
=====

- I. Das Kommunalprogramm der kommunistischen Partei Deutschlands.
- II. Referentenführer 1923.
- III. Die Aufgaben der Gemeinden von Dr. Michael Schuchert.

Sämtliches Material ist in der Arbeiterbuchhandlung,  
Wien VIII: Alserstrasse Nr. 69 erhältlich.

Für das Pol. Büro:

K o p i e n



Rundschreiben zur inneren Lage der K.P.Oe.

An die Landesleitungen und Lokalorganisationen ?

Werte Genossen!

Das Präsidium der Komintern hat zur Lage in der K.P.Oe. Stellung genommen und folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Exekutive verurteilt die Äusserungen fraktionellen Kampfes, die sich auf dem Parteitag der K.P.Oe. gezeigt haben und tritt nach wie vor nachdrücklich für die Auflösung der Fraktionen und gegen den Fraktionskampf auf. Sie gibt die Linie der Verständigung und Zusammenarbeit, indem sie gleichzeitig die politischen und organisatorischen Aufgaben aufzeigt, für welche die Partei wirken muss.
2. Der geschäftsführende Ausschuss wird bis zu dem Zeitpunkte, da die Zentrale wieder in Funktion tritt, bestätigt. Die Exekutive bestätigt die vom Parteitag gewählte Zentrale. Die Exekutive annulliert den Ausschluss des Genossen Deubler aus der Partei. Sie sistiert seine Arbeit in der Zentrale bis zum 5. Weltkongress, während dem über seine Arbeit entschieden werden soll. An Stelle Deublers soll bis zur endgültigen Entscheidung ein anderer fraktionell weniger hervorgetretener Genosse treten. Die Zentrale hat ein Politbüro zu wählen, dessen personelle Zusammensetzung von dem Vertreter der K.I. zusammen mit der Parteizentrale getroffen werden soll. Den Vorsitz in der Zentrale und im Politbüro übernimmt ein Vertreter der K.I.
3. Genosse Oswald wird beauftragt, bis zum 5. Weltkongress als Vertreter der K.I. und als Vorsitzender der Zentrale der K.P.Oe. zu wirken.
4. Unter Mitwirkung des Vertreters der K.I. arbeitet die Parteizentrale auf Grundlage des Briefes der K.I. an den Parteitag die Resolutionen aus zu den politischen und organisatorischen Fragen, zu denen der Parteitag nicht Stellung nehmen konnte, wie auch ein konkretes und politisches Aktionsprogramm.
5. Tomann und Frey sollen aus Oesterreich sofort wieder abreisen, und die Vertretung der K.I. soll dafür sorgen, dass sie in der deutschen oder tschechischen Partei, oder in Russland Verwehung finden.

In Durchführung obiger Beschlüsse ~~wurde~~ vom Vertreter der Komintern der vom Parteitag gewählte Parteivorstand am 17. d. zu einer Sitzung einberufen. Der P.V. hat aus seiner Mitte ein Politbüro bestehend aus den Gen. Doleschal, Grün, Fiala, Maresch, Schroth und Schönfelder gewählt.

Der Vertreter der Komintern, sowie der Parteivorstand und das Politbüro appelliert nochmals eindringlichst an die gesamte Parteimitgliedschaft sich auf die von der Exekutive gewiesene Linie der Verständigung und Zusammenarbeit zu stellen und jede Fortsetzung des Fraktionskampfes zu vermeiden.

Wir erwarten, dass alle Genossen und Genossinnen ihren ehrlichen Willen zur Rettung der Partei bekunden durch die Einsetzung aller Kräfte zur Vorbereitung des 1. Mai, um an diesem Tage durch machtvolle Kundgebungen die Einheit und Geschlossenheit der K.P.Oe. zu dokumentieren.

Der Vertreter d. Komintern:

*Oswald*



Polbüro:

Wien, am 25. April 1924.



weder durch Deputationen, noch durch schadhafte Präzedenzfälle einer Korrektur unterzogen werden,; Die Komintern hat bei ihrer Entscheidung die Frage der Arbeitsfähigkeit des Parteiverstandes bereits in Betracht gezogen, sie hat sich für das IV trotz aller anhaftenden Mängel entschieden, selbst mit dem Risiko der Aberufung der internationalen Vertreter Max und Henrath. Der Komintern konnte es sich nur darum handeln die Autorität eines Parteiverstandes und eines Parteitagess nicht durch unbefugtes und unverständiges Einschreiten seitens der Kominternvertreter herabsetzen zu lassen.

Unkorrekt war ferner die politische Entscheidung über den Aufruf zum 31. Mai, da nicht ein politisch vollständig folgerichtiger Entwurf ein anderer genannt wurde der dies eine Addition von Ereignissen ohne politischen Querschnitt und ohne Charakterisierung der austromarxistischen Sozialdemokratie darstellte;.

Die Unterschrifteten erklären auf Grund dieser und einer Reihe anderer hier nicht angeführten Verfügungen des Kominternvertreters, dass sie die Leistungen und die Arbeit des Parteiverstandes nicht decken können und verlangen die sofortige geschäftsverbindungsgemäße Behandlung der folgenden schriftlich niedergelegten Anträge, bevor über andere Fragen entschieden wird:

Wir bitten um Übersendung dieser Erklärung an das BK der KI

Unterschriften: D

## D E K L A R A T I O N

Die Mitglieder des momentanen Parteivorstandes Schrott, Schönfelder, Bölschl und die am Freitag rechtmässig gewählten P.-V.-Mitglieder H a g e, K i l i e h, K r a m e r, D e u b l e r und die Komitee oder ihre Vertreter der Bezirke die der Freyriechung angehören geben folgende Erklärung ab:

1. Die sprechen den Kominternvertreter O s w a l d, der die Traditionen fortsetzt, wegen seines unkorrekten, einseitigen und seine Kompetenzen überschreitenden Verhaltens das schärfste Misstrauen aus

2. Die Parteivorstandsmitglieder Schrott, Schönfelder, Bölschl ziehen ihre sofortige Demission an die Komintern ein, anhalten sich jeder Entscheidung im P.V. bis zur Entscheidung der Komintern,

sie treten ferner aus dem politischen Büro und aus der Kommission zur Ausarbeitung des "politischen Aktionsprogramms" aus und erklären, dass der Parteivorstand damit seine Abstimmungsverechtigung verliert und alle Verantwortung für alle Entscheidungen auf den Kominternvertreter fällt, der durch sein eigenmächtiges Verhalten diese Situation geschaffen hat.

3. Die willkürliche Anwesenheit der Parteivorstandsmitglieder ohne Grund und Ursache ist ein Überschreiten der Grenzen des demokratischen Zentralismus. Die Komintern kann Kooptierungen verhindern und aufheben, sie kann schliesslich einzelne Mitglieder des P.V. oder sogar den ganzen P.V. entheben, sie kann auf die Zahl Einfluss nehmen, aber noch in keiner Partei der Komintern ist der Erbschaftsfall gescheitert worden, dass dieselben Parteivorstandsmitglieder ausgewechselt wurden, die überdies auf Anraten des internationalen Vertreters gewählt wurden.

4. Die Parteivorstandsmitglieder erklären weitere, dass sie solange an keiner Parteivorstandsbildung teilhaben können, solange die Frage der Kontrolle der Sekretäre durch unentschiedene, freiwillige Kräfte nicht im Parteivorstand besprochen und akzeptiert wird und die unerhörte Obstruktion des P.V. und Kominternvertreters in dieser Frage nicht ein Ende findet.

5. Die Unterschrifteten erklären neuerlich, dass die Ereignisse der allerletzten Zeit beweisen, dass ein Kompromiss mit der Tokanarichtung denkbar ist, dass sie jede Hoffnung aufgeben, dass die Kominternvertreter und die von ihr hienherbeordneten Kräfte instände wären wie für d. Partei ~~zurückzuführen~~ eine solche politische und Aktionsbasis überhaupt zu schaffen und dass kein anderer Ausweg bleibt, als die Führung einer Richtung zu übernehmen. Da die Tokanarichtung die Führung bereits innehatte, die Freyriechung, trotz der Unterbindung der Diskussion über wesentliche Fragen durch die Kominternvertreter die, wenn auch vorläufig nur knappe Mehrheit erreichen konnte so gibt es keinen anderen Ausweg als die Führung der Partei in die Hände der Freyriechung!

In Beantwortung kurz die Begründung zu unserer Stellungnahme:

**Ad. 1. Die Parteizeitung erklärt, dass der Kominternvertreter seine Tätigkeit weder nach dem Fortlauf der ersten Verfügungen der Komintern, noch im Sinne derselben vollziehen hat, sondern im Gegenteil sich eine Reihe von Unkorrektheiten zuschulden kommen lassen, zu denen er - soweit es sich um Absichten, Entscheidungen und eigenmächtige Verfügungen handelt - weder ein Mandat, noch eine Plenarvollmacht, noch die dazu erforderliche Autorität hatte.**

**Unkorrekt war es, die Entscheidungen der Komintern eine Weile lang vorzuenthalten, dann Besprechungen mit dem Sekretären abzuhalten und hierauf den Versuch zu unternehmen, das Direktorium in Funktion zu belassen und dem Zusammentritt des Parteivorstandes zu verschieben oder ganz zu verhindern.**

**Unkorrekt war es, sich nach diesem Verfall neuerdings mit der Kominternrichtung zu befechtigen, trotzdem dies ein ausdrücklicher Beschluss des Parteivorstandes unterlagte, der auch dem Kominternvertreter nicht unbekannt war.**

**Unkorrekt war es, den Forderungen einiger Deputationen nachzugeben, insofern als sie im Widerspruch zum Kominternbeschluss standen, insofern als die Mehrheit der Partei durchaus hinterher den Willen für die Freyrichtung ungunstigen Entscheidungen stand. Durch die Entscheidung, dem Parteivorstand erst nach dem 1. Mai zusammentreten zu lassen, neuerliche Entscheidungen einer Deputation zuliebe von dem Komintern zu verlangen und abzuwarten, das ist ein Freibrief auf absolute Negulitgung aller Kominternbeschlüsse durch irgendwelche Deputationen.**

**Unkorrekt und unerhört war die duldsame und gefällige Haltung gegenüber dem Brechenden mit der Spaltung der Partei, gegenüber der Bruchung des 10. Bezirkes eine eigene Demonstration abzuhalten, anlässlich des ersten Mai. Mit dem Nachgeben rettete der Kominternvertreter die Kominternfraktion, aber nicht die Einheit der Partei, denn die Situation des ersten Mai wird für die Kominternfraktion nicht die letzte sein, aber Oswald diskreditierte sich und die Komintern und machte sich damit zum Spielball von unerhörten Provokationen, gegen die sich selbst die Anhänger der Kominternrichtung wandten (der ganze 10. Bezirk & Sprengeln des 10. Bezirkes, der 13. Bezirk etc.).**

**Der P-V. und der Kominternvertreter luden das Odium der persönlichen Unzuständigkeit auf sich, wenn die Genossen Döbler, Kramer und Werschewsky auf Grund des Kominternkrieges und des tatsächlichen Sachverhaltes nicht sofort bei der ersten Sitzung in die vollen Rechte ihrer Funktionen (bei Kramer in sein Angestelltenverhältnis als Bezirkskommissar) eingesetzt wurden und wenn eine Veröffentlichung oder briefliche Verständigung unterblieb, ebenso wie die Beschlüsseausführung.**

**Falsch und unzutreffend war es sachliche Differenzen abstrahieren und der Partei einen beliebigen Landesmann zu wollen, dass sie dies etwa des Körperumfangs der untrittenen Exponenten wegen, einem fast zwei-jährigen inneren Konflikt führt. Dagegenüber muss festgestellt werden, dass vielmehr solche Differenzen bestehen auf**

**1) gewerkschaftlichem Gebiet (prinzipielle Differenz in der Frage der Unterordnung der Gewerkschaftsabteilung unter die Gesamtpartei, syndicalistische Auffassungen in der Betriebszellenfrage: "Branchenzellen", Aufgabe der Gewerkschaftsräte bei der Organisation der Betriebszellen, Passivität, Organisatorisches Dagegen, Sabotageakte, die unleserliche Lohntaktik etc. Letztlich sogar rechte, sozialdemokratische und opportunistische Abweichungen: "Alters und Invaliditätsversicherung" wo von der Bereitwilligkeit der Beitragszahlung der Arbeiter gesprochen wird)**

2) auf politischem Gebiete (vollständige Passivität, falsche Lösung  
gen., Unvermögen einer richtigen Anwendung der Einheitsfronttaktik  
Abweichungen von den Kominternentschlüssen, Unterbrechung der Propa-  
ganda der Arbeiter und Neuerregung u. vollständige Zusammenhangslo-  
sigkeit mit den Ereignissen, die verbrochene Wahltaktik und  
das vernichtend falsche Wahlkampfe ohne positives Programm, Organi-  
sierung von Streiktruppe zur Provokation von offenen Zusammenstößen, gefähr-  
liche Hindernisse etc. etc.)

3) auf organisatorischem Gebiet (mechanischer Zentralismus,  
Belügen der Mitglieder, Gewalttate, Übertretungen des Statuts,  
Vernachlässigung des Ausbaus der Betriebsfraktionen, chaotische, plan-  
lose "Organisierung" der Betriebszellen, Mißwegsetzung über Normalisier-  
ung der Arbeit der Wiener Bezirks zur Einberufung von Vertrauensmänner-  
konferenzen und des Wiener Landesparteitages der statutarisch längst  
fällig ist etc. etc. ungerechtfertigte Suspendierungen, Ausschüsse  
organisatorische Provokationen, absichtliche Zerstörung ganzer Organi-  
sationen etc.).

Unkorrekt ist es, die Frage der Kontrolle der Sekretarstellen  
durch unqualifizierte freiwillige Kräfte hinauszuschieben und ihre Be-  
handlung zu unterbinden,

Unkorrekt war die Stellungnahme zum gewählten Parteivorstand.  
Wenn die Wahl hat niemand am Parteitag Einspruch erhoben, von keinem  
Seiten wurde vielmehr erklärt, dass er rechtmäßig gewählt und ein  
Kompromiss auf Parität sei, dass seine Aufgabe wird nicht erfüllt  
werden. Die Freyrichtung stellte den Antrag auf Anerkennung des Par-  
teivorstandes lediglich um die Autorität der Komintern und der Par-  
teiführung und einer Zentralleitung überhaupt zu retten. Jeder hatte die  
eine Möglichkeit, noch konnte der P.V. eine Rettung der Sache bedeuten.  
Daher konnte anstelle der andauernden, zurücktretenden Besonnen-  
heit von ihrer Richtung Hauptieren lassen, aber nicht die vollständig  
ungerechtfertigte Anschuldigung verlangen, damit wurde der Parteileitung  
und der Komintern jede Autorität genommen. Außerdem waren die Kritik  
gestört und zur Freyrichtung genommen genommen, wie Joachim (der neue  
Besetzter) und Menschke, die ihr nie angehörten, unter dem Vorwand  
man entheben die Exponenten der "Fraktionen" in Parteivorstand wurde  
dieses hineingezogen, der durch seine sanfte Drehung eine gewisse Unklar-  
heit der Kominternfraktion abzuhalten einen Beweis seiner Be-  
scheidetheit erbrachte, das politische Büro bekam gar die absolute  
Macht der Kominternfraktion. Die Vorschläge machte Gen. Oswald allein.  
Woher hatte er die Personenkenntnisse? Woher die Vorschläge? Das be-  
deutet nicht mehr Unkenntnis der Sachlage, das bedeutet sich nicht auf  
die Seite der Kominternfraktion zu stellen.

Unkorrekt ist das Verhalten des Gen. Oswald gegenüber dem Gen.  
Frey, der hier auf Urlaub zur Entscheidung seiner Frau war und sofort  
wieder seinen Posten bei der K.P.D. antrat, während der Besetzter Jo-  
achim, der aus Deutschland und der Technische unter nichtigen Vorwänden  
besortierte, sich noch immer in Wien aufhält. Was gedenkt er (Oswald)  
gegen Joachim zu unternehmen?

Unkorrekt war die Entscheidung des dritten Exponenten in Par-  
teivorstand Keritschonen das Recht der Mitarbeit zu geben, wahrschein-  
lich, um die Partei zum Sammelplatz einer dritten Fraktion zu machen,  
Unkorrekt war es auch diese Verfügung ohne Kenntnis aller Mitglieder  
des P.V. zu treffen. Von der Komintern erbitten wir die Aufhebung  
dieser Verfügung.

**Faktum** ist es, die Entscheidung über den Landesparteitag die schon seit langen Wochen fällig ist, sowohl im Landes- als auch Reichsparteivorstand hinauszuschieben und vielleicht die Entscheidung der Komintern in der österreichischen Kommission abwarten zu lassen.

Falsch war unserer Ansicht nach die politische Entscheidung schließlich den Aufruf zum ersten Mai, da anstatt unseres politischen folgerichtigen Aufrufes ein anderer angenommen wurde, der diese eine Addition von Ereignissen ohne politischen Querschnitt und ohne Charakterisierung der österreichischen Sozialdemokratie darstellt.

Der Kominternvertreter hat durch die stünige Hinderufung des Parteivorstandes keine Regelung der Betriebszellenfrage getroffen, so dass beide Teile zu einer sporadischen Organisation von Betriebszellen (Branchenzellen, Berufszellen) ausserdem bei der Parteifraktion, bereits geschritten sind, was nach seine bösen Folgen schon in den nächsten Zeit mitbringen wird, die Auflösung der Branchenzellen unter grossen Reibungen, die Wahl der Delegierten, den Streit um den Mitgliederstand, um die Berechtigung der Abstimmung etc etc zur Folge haben wird. Die Verantwortung trägt nicht zum geringsten auch der Gen. Oswald der unseren Mahnungen nicht nur wenig zugänglich war, sondern auch den gleitenden Zustand schliess.

Gen. Oswald ist es endlich nicht gelungen eine sachliche Basis der Zusammenarbeit zu schaffen, oder mit seiner Person durch die Auswahl der Kräfte die er vornimmt wird eine Paraphrasieren sein, "objektive" Kräfte die sich auf den bestehenden Apparat stützen werden zum Mittel der "herrschenden" Parteirichtung. Wir können eine Meinung respektieren, die so viele Kräfte importieren will um die Aufhebung der Fraktionen durch eine positive, sachliche Arbeit unter einer fähigen Führung ermöglichten will, die über den Fraktionen steht. Die bisherige Auswahl der Kräfte als auch der Komint. Vertreter beweisen aber, dass eine Bewegung auf diesem Wege nicht möglich ist, da besonders die Vorgänge der letzten Zeit und die Absichten eines Gen. Neurath zu solchen Massnahmen in der K.P.O. jedes Vertrauen genommen haben.

**A. S.** Die kommissionierenden Mitglieder des P.V. werden an den Parteivorstandssitzungen teilnehmen. Aber sie können nicht zulassen dass man in Vertrauen auf ihr bisheriges diszipliniertes Entsprechen unter alle Beschlüsse der Komintern, auch einen Parteivorstand um die selbst die Verantwortung für dessen Arbeiten aufzwingen will, der lediglich nach dem Willen der vereinselten Parteideputierten zusammengesetzt ist. Sie fügten sich einem P.V. der obwar ungünstig zusammengesetzt, aber doch von Parteitage gewählt war, aber sie können sich nur sehr bedingt Entscheidungen der Komintern fügen, die nichts anderes als vielleicht ungewollte Favorisierung der Disziplinirtheit und Belohnung der Spaltungstrebungen der Parteirichtung sind.

Die Mitglieder des P.V. der Freyrichtung ersuchen die Komintern den an Parteitag gewählten P.V. gutzulassen, keine Auswechslungen vorzunehmen und anstelle der zurücktretenden Genossen neue zu köpfieren, unter Wahrung der Parität.

**A. S.** Wir möchten nicht und wir können auch nicht glauben dass die Komint ern bewusst auf den kranken Körper der K.P.O. das bisher nicht ausgeübte Experiment des Prinzipie der "Auswechslung"

gebildeter Parteivorstandmitglieder angenommen wurde, umso mehr als Gen. Jurek die Gesinnung unserer Richtung gar nicht kennen konnte, da ihr Handeln im Parteivorstand durchaus nicht Anlass sein konnte, daß er jedoch wirklich zustand nahm an diesen Gesinnung die wie er E. Haas von Hillich absolut keine Argumente waren, wie konnte er dann E. Haas vorschlagen, der der eifrigste Vertreter einer eigenen fraktionellen Kandidatensituation war? Gelohnt die Kontrolle die Chancen des demokratischen Zentralismus wirklich so weit zu erweitern? Wer könnte in diesem speziellen Falle sehen unsere wichtigsten Handlungen heraus, wie erst bei einer ev. Generalisierung. Wie würde erst unsere Partei aussehen, wenn der PT diese Maßnahmen, die er jetzt als die Notwendigkeit vernahm, auf die Organisation der Partei nicht angewendet hätte? So hat die Kontrolle, in welchem Maße, bei welcher Sektion "Anschlüssen" vorgenommen?

**Ad. 4. Kein Parteivorstand** - unsere ein absolut formaler und bei diesem wäre es auch folgerichtig - kein Beschlüsse fassen ohne Gefahr zu laufen, dass sie von dem bestehenden Anstellungsverhältnis abgelehnt, nicht eingehalten werden etc. Eine obligatorische Entlassung der Sekretäre wegen fraktioneller Betätigung würde die notwendige Entlassung aller Sekretäre zufolge haben, weil gegen alle genügendes Belastungsmaterial in unseren Händen ist. Wir fordern jedoch nur die Entlassung Retalika, der die Blocks nur Ortsterminierung der Partei handeln will und außerdem die politische Besetzung aller Sekretariate, wobei die Kontrolle unbezahlt ist. Wir erwarten von der Kontrolle dass sie einen diesbezüglichen Beschluss fassen wird und die Stelle nunmehr des Gen. Jurek nicht billigt, weil dieses ein, außer an und für sich richtig, in Gegenwärtigen Moment an abgelehnt ist.

**Ad. 5. Die absolute Mehrheit** drückt sich aus in dem Stimmenverhältnis am Parteitag, in dem letzten Vertrauensmännernkonferenzen die relative in der Substanz jeder weiteren Funktionskonkurrenz, in der Substanz des Landesparteitages, in dem Aufgaben einer eigenen Kandidatensituation der Gesamtfraktion, die die d. erwogen, Aufgaben weil sie nicht die Mehrheit die sie erwarteten gehabt hätten, zeigt sich endlich in dem dauernden Wachstum unserer Richtung, trotz der Unterbindung der Diskussion über die schwersten Fehler der KPOe, trotz des falschen, starren, oft einseitigen Verhaltens der Komiteesvertreter, trotz der niederträchtigsten organisatorischen Maßnahmen der früheren und jetzigen Leitung, die eine Orientierung und Konsolidierung unserer Richtung herbeiführen sollten.

Es ist unsere feste Überzeugung, dass die Fraktionen nur überwunden werden können, durch den sich einer Richtung, dass eine Parteiberufung formale eine Erneuerung der Partei ins Rechte bedeuten würde, dass unsere Mehrheit den Aufstieg der Partei durch aktives politisches und gewerkschaftliches Programm ermöglicht wird, unter Ausschaltung jeder organisatorischen Maschinerie, da die Kämpfe in der Partei nur durch die moralische Erneuerung einer oder anderer Richtung und nicht durch mechanische Mittel erfolgen kann. Eine solche Möglichkeit war der L. Mai gegen die Formanrichtung, wenn wir dieselben verwerflichen Mittel wie die Formanrichtung anwenden würden, hätte man gegen uns ebenfalls so vorgehen müssen & der Komiteesvertreter hätte nicht ausschließen, sein er hätte nur nicht nachgeben müssen, er hat die Situation nicht erfasst.

Wir erklären nun Schluss nach, dass auch die Oesterreichische Kommission ein schlechtes Resultat zeitigen wird, wenn sie in Geiste der bisherigen Entscheidungen fortfahrt. Das Praetige der Komintern kann in Oesterreich restlos nur wiederhergestellt werden durch eine offene Erklärung über die nach Oesterreich geschickten Kominternvertreter, durch die Feststellung der Tatsache, dass es ein Verhängnis für die Partei war, dass die Diskussion über sachliche Differenzen zu nun schon seit fast einem Jahre ruht, dass keine Arbeitsbasis durch die paritätische Minderung und durch das Übermaß der Kominternvertreter eine sachliche Basis zu schaffen, zustande kommen konnte. Anerkennung der Tatsache, dass es entscheidende sachliche Differenzen gibt, die sich jetzt im Spiegelbild der Fraktionen zeigen und die sich sonst bei politischen Ereignissen vielleicht später als katastrophaler gezeigt hätten. Die Fraktionskämpfe haben ihre sachliche Ursachen, gründen sich auf sachliche Gegensätze und sind erzeugen auf derselben Linie. Warum entstehen die Abweichungen von den Beschlüssen der Komintern in der Frage der Einheitsfronttaktik, der Arbeitsergiebung, der Betriebszellen, nur auf der Seite der Kominternfraktion? Warum, wenn die Fraktionskämpfe an sich die Ursache des Parteistretzes und der Differenzen sind, erzeugen sie auf der Seite der Freyrichtung nicht ebensolche? Der Unterschied ist nur der, dass die Kominternrichtung sich an jede Linie auch an die Linie der Korruption, der gefährlichen Kinderzettel, des Opportunismus und des Hyperradikalismus assimilierte ohne Farbe zu bekennen. Erst in den Fraktionskämpfen heug sie eine Position: die Position der persönlichen Beflegelung und Unfähigkeit und andererseits die gefährlichsten politischen, gewerkschaftlichen und organisatorischen Abweichungen von den Grundsätzen und der Taktik der Komintern. Diese auftauchenden Differenzen wollen in ihrer Tendenz, ihrer Ursache, ihrer Konsequenz und in ihrer Form betrachtet werden. Als der Kenntnis der Partei seit Gründung an resultiert unsere Stellungnahme. Gleichviel wie lange und in welchen Formen der Kampf sich abspielen wird & wird werden nicht tunen, bevor nicht die K.P.Oe den Weg der Gesundung gegangen ist.

**Mit kommunistischem Gruen**

**Für die Mitglieder d. Kominterns P.V.**

**die Mitglieder des gewählten P.V.**

Lokal :  
Gruppe :                      Funktion :

**H.B. Wir eruchen den Kominternvertreter um Uebergandung der Erklärung an die Komintern.**

Von besonderer Seite aufgefordert, über  
Gen. Thoma, Wien, der Partei Wärmemoment  
anzugehen, antworte ich hiermit dieser  
Anforderung.

1. Die erste wichtige Handlung Thomas  
bestand in seiner Erreführung der  
Parteigenossen. Als im Februar 1918  
am ersten Parteitage der K. P. Ö. der  
Partei Vorstand gewählt werden sollte,  
widerrate sich Thoma energisch  
der Kandidatur der gemäßigten  
Freiwünder (Ruth Fischer) in den Vor-  
berreitenden Sitzungen der provisorischen  
Parteilitung. Sein stärkstes Argument  
war: die Bolschewiki lassen es nicht  
zu, daß Frauen in die leitenden  
Körperschaften hineinkommen.

Als Leugen für die, von uns damals  
nicht zu kontrollierende Angabe, gegen  
die wir aber starkes Mißtrauen  
hegten, führte ich gegen Paul Fried-  
länder an, der an den in Frage  
kommenden Sitzungen teilnahm.

Grund dieses Vorgehens Thoma war,  
wie sich später an mehreren Fällen er-  
wies, das Bestehen Thoma, jeden mög-  
lichen Konkurrenten an führender Partei-  
Stelle zu verdrängen, und zwar aus zwei  
Gründen: 1. aus künftigen Konflikten  
und Rivalität auf seine bevorzugte

2

Stellung, 2. nur mit dem Publikum die schmutzigen Geldmanipulationen mit seinem Fremde Forst zum Schaden der Partei betreiben zu können.

Über den zweiten Punkt wird folgendes gesagt werden: Thoman kam mit seinem Fremde Forst nach Wien. Forst wurde auf eifriges Betreiben Thomans zum Kaiser ernannt. Die Beiden waren es nunmehr, die alle einlaufenden Gelder und sonstigen Westposten, von außen an die Partei kommend, sich aneigneten.

Schon immer wurde der Verdacht unter den Parteigenossen laut, daß die Beiden unredliche Verwalter des Parteivermögens seien. Der Verdacht entstand und wurde genährt in erster Linie durch die auffällige Lebensweise Forsts und Thomans. In einer Zeit der bittersten Not, als das Gehalt der Parteiangestellten nicht ausreichte, um deren Hunger zu stillen, entfalteten Thoman und Forst ein luxuriöses Leben. Thoman schaffte sich eine hochmögliche Vierwohnzimmerwohnung an, seine Garderobe war immer elegant mod. neu; er aß in den besten Restaurants, man entdeckte ihn einmal mit seinem Kuryaliam Forst in einer Spielhölle, ein andermal in einem Terren Bordell. Lo

2

festigte sich bei einer Anzahl ernster Parteigenossen der Verdacht zur Überzeugung, daß Thoman und Forst Betrüger an der Partei seien. Die im Jahre 1921 durchgeführte Untersuchung hat dann erwiesen, daß dieser Verdacht gerechtfertigt ist. Unbegreiflicher Weise wurde aber nur Forst (Weigelstock) bestraft und Thoman geschenkt. Aus welchen Gründen ist mir nicht klar, denn ich sollte zu dieser Zeit als Vertreter der H. O. D. in der Sachleitung der Kammer in Aachen.

Wichtiger als diese Folgenerscheinungen vom Schaden der Partei erscheint jedoch die Eigenenschaft des Thoman als der Provokation verdächtig. Ein besonders bemerkenswertes Fall ist die Angelegenheit der Genossin Chalrad. Sie klagte Thoman offiziell während des zweiten Kongresses der Kammer bei der H. O. R. der Pulvergrossaktion an. Genossin Radek muß sich an diesen Fall erinnern. Sie behandelte die Sache immer hinsichtlich nach vorne falsch und ungerecht. Radek nahm Partei für Thoman gegen Chalrad, was für Kenner der Verhältnisse in der

Veranlassung der Parteifunktionäre der Polizei verurteilen, er sich selbst für die kritische Zeit dadurch mit der Spitze der Polizei gestellt hat, er sich dann von der Polizei zur Beibehaltung der Massen auf der Straße gehorchen ließ und dadurch zu einem großen Teil zur Zerstörung der K. O. Ö. und dem Zusammenbruch der kommunistischen Bewegung Schuld trägt.

Für die ständischen Parteigenossen war es nicht möglich, Tamm zur Verantwortung zu ziehen. Tamm beherrschte alle Feinheiten der Demagogie und alle Möglichkeiten der Beeinflussung der Parteimitglieder bis zum Terror übernahm, daß in allen Fällen, wo schaliche Kommunisten als Ankläger gegen ihre aufstauten, nicht Tamm, sondern diese Personen im Unrecht kamen.

Politisch zeigte sich Tamm in der kritischen Zeit des Jahres 1919 (März bis Juli 1919) unfähig, die Partei zu leiten, die Ereignisse für den Anschluß Österreichs zur ungarischen Reichsmacht zu beschleunigen, die hauptsächlich in starken Maße vorhandene revolutionäre

K. P. Ö. während der Zeit, da diese  
 Schmeicheleien und Dummheiten ge-  
 macht wurden, einzugreifen. Wie  
 vielleicht noch bekannt, ging ich  
 gleich nach dem 1. Parteitag der  
 K. P. Ö. (Mitte Februar 1919), vor ich  
 zum Parteivorstand und wurde  
 zum Parteisekretär gewählt wurde,  
 als Vertreter der K. P. Ö. zum Grü-  
 ndungskongress der Komintern nach  
 Moskau, in dem ich unter dem  
 Namen Spitzer teilnahm. Bei der  
 Heimreise vom Kongress geriet  
 ich in russische Gefangenschaft.  
 Nach meiner Befreiung im Januar  
 1920 kam ich nach Wien hier  
 blieb ich nur bis Juni 1920 und  
 wurde zum zweiten Weltkongress  
 nach Moskau delegiert. Dort blieb  
 ich bis zum dritten Weltkongress  
 und kam erst im September  
 1921 nach Wien zurück. Als ich  
 während der Zeit zwischen dem  
 zweiten und dritten Kongress  
 durch bewundernde Nachbarn  
 ihrer Vorgänger in der K. P. Ö. da-  
 rauf drang, nach Wien zurück-  
 zukommen, man es beiseite  
 rüde Tomar, der mir stets als

Bewegung der Bakterianer  
in Ostpreußen der kommunistischen  
Partei als Führerin der Revolution  
näher zu bringen.

Taman nahm wohl ganze  
Geld an, das von Magyar für  
den Anschluß an die ungarische  
Revolution der K. O. S. gegeben wurde,  
er und sein Lehrling Forst (Feigl-  
dorf) nahmen von diesem Gelde  
persönlich einen großen Teil, aber  
als die Bewegung sich für die  
Revolution zu entscheiden schien,  
da entgrupperte sich Taman als ge-  
mäßlicher Obermann mit einem  
für hochachtbare Genossen unerfel-  
lus festzustellenden großen Maße  
politischen Feigheit. Im Kontraste  
dieser Eigenschaften und dessen,  
von solchen Genossen durch-  
schaut zu sein, führte Taman  
einen besänftigen Kampf gegen  
jene Genossen, von denen er an-  
nahm oder mußte, daß sie eine  
solches Spiel und seine politische  
Unfähigkeit durchschauten.

Hier selbst war es nicht gegeben,  
aktiv in die Angelegenheiten der

dringende Parteiinteressen vorstellte, in Moskau zu bleiben.  
Während dieser Zeit wurde die  
Vereinigung mit der Gruppe  
Frei (der Linken J.P.O.) vollzogen.  
Auch hier zeigte sich die Unfähig-  
keit Tomman, politische Dinge im  
Interesse der kommunistischen Be-  
wegung zu meistern. Trotz meines  
Dringens, oftmals wiederholten  
Partei zur Verzicht vollzog Tomman  
die Vereinigung mit dieser unreli-  
ablässigen Gruppe Frei auf dem  
Boden der Vereinigung zur Orga-  
nisation an Organisation. Für  
uns Allen, die die Dinge aufmerk-  
sam verfolgten, war es sicher,  
dass nicht die K.P.D., sondern die  
Linke unter Frei, der einige  
Wochen vor der Vereinigung die  
K.P.D. und deren Leitung (nicht  
nur Tomman allein) heftigsten  
angriff, die Führung der Partei  
zu übernehmen trachteten, was  
ihnen aber nicht im bedeutendsten  
Maße gelang.

Tomman, der sich zuerst nicht

2

Frey zu einem persönlichen Kampfe  
gegen seine Gegner in der K. O. O.  
verabredeten hatte - gegen mich be-  
sonders fürchte Tammen einen gehässigen,  
niedrigen persönlichen Kampfe in  
Gemeinschaft mit Frey, was mich ver-  
anlaßte aus Eitel und nur nicht  
gerungenen zu sein, des K. O. O. durch  
Aufnahme des Kampfes zu verhindern  
(man sollte nur mich den Reinigung-  
proceß verweigern) Wien zu veranlassen  
und nach meinem alten Tätigkeits-  
gebiete Flucht zu gehen - man  
muss bald selbst gerungenen, sich  
gegen Frey und deren Gruppe zur  
Wehre zu setzen. In diesem Ringen  
ging es nun leider nicht nur grund-  
sätzliche Auseinandersetzungen in Bezug auf  
politische, soziale und agrarische  
kulturelle Fragen, diese Dinge lagen nun  
schon in der Handlungsmasse, waren  
in Wirklichkeit sekundäre Naturen -  
vorherrschend man das eigentliche  
Bestreben der Reider, um der Markt  
zu bleiben - und ging auch die  
Partei dabei in Trümmern. Man leider  
fast erreicht wurde.

H. P. O. unhygienische wochen.

Genossin Axelrad kann übrigens selbst den Fall schildern. Kurz gesagt vollzog sich die Sache so, daß Tomara die Genossin Axelrad als einer größeren Zahl von Menschen (einer Funktionärversammlung der Wiener Organisation, vorwiegend eine Anzahl Palastspital) vorwiegend ihren wichtigsten Namen und ihre Herkunft anvertrauen, trotzdem sie geringend von ihrer Tätigkeit während der ~~Arbeits~~ Räterepublik her legitimiert war. Einige Tage später war sie verhaftet. Mehrere Fälle ähnlicher Art, nur es sich um weniger bekannte Genossen handelte, gaben dann legitimeren Anlaß, während der bekanntesten Janus-Feiern (16. Juni 1919) Tomara des absoluten Terroristen zu beschuldigen. Wie bekannt, wurden die Parteifrauenmänner am Abend von der geplanten anläßlichen Demonstration in der Terrorverwaltung in der Pulverturmstraße in Wien sinnlos verhaftet. Tags darauf kam es zu dem Zusammenstoß in der Nähe des Palastspitals. Viele Parteigenossen behaupten, daß Tomara die

Seiner markwirdige Rolle während  
 der ganzen Zeit spielte Gen. Karidstam.  
 Er, der doch einer der schärfsten Ge-  
 nossen der K.P.D. ist, der gegen Toman  
 die heftigsten und heftigsten den-  
 kungen richtete, ist bismal am den  
 Flugblatt, das Karidstam Anfang  
 1920 gegen Toman herausgab -  
 Karidstam war nicht charakterfest  
 genug, mit reinem Kampfe bis zu  
 Ende zu gehen. In entscheidenden  
 Momenten ging er zurück, ließ sich  
 von Toman und dann von Frey  
 in einem Maße beeinflussen, daß er  
 deren Politik, Taktik und persö-  
 nlichen Treiben über sich ergehen ließ  
 oder sich für deren Zwecke opfer-  
 ten lassen ließ.

Ob es melchem Entsch. ist der  
 Auftrag bekam, über Toman zusammenzu-  
 fassen, ist mir nicht mitgeteilt worden, ob  
 ist mir nicht bekannt, wo und in mel-  
 cher Funktion Toman amzeit tätig ist.  
 Seines weiß ich aber, es wird für jede  
 kommunistische Partei notwendig sein,  
 von solchen Elementen, wie Toman, be-  
 freit zu werden

Hamburg, Bd. 6. 24.

Karl Friedrich